

FOKUS

Das Magazin der Industrie- und Handelskammer Thurgau



I+D Campus fördert Innovation und digitale Transformation

IHK-Projekt mit Anschubfinanzierung aus TKB-Millionen startet durch

Migration und die Schweiz Zahlen und Fakten zum Thema


Jahresrückblick 2025 hat die IHK moderne Büros in Weinfelden bezogen

Bilaterale III Das Schiedsgericht gibt der Schweiz eine stärkere Position

08 WIRTSCHAFT

12 IHK

16 POLITIK



FOKUS AUF MEINEN BETRIEB.

MEHR ALS EINE BANK.

Meine Beraterin bei der TKB hat mich seit der Gründung unkompliziert unterstützt – und mir Türen zu regionalen Netzwerken aufgestossen.

tkb.ch/firmen

EDITORIAL

Die Schweiz altert – und Abschottung ist keine Lösung

Geschätzte Leserinnen und Leser,
geschätzte Mitglieder der IHK Thurgau

Die Schweiz steht vor einer demographischen Realität, die sich nicht wegdiskutieren lässt. Wir werden älter und wir werden weniger. Während die Lebenserwartung steigt, sinkt die Geburtenrate seit Jahren. **Mit einer Geburtenrate von nur 1,29 Kindern pro Frau liegt die Schweiz heute deutlich unter der Bestandserhaltungsrate von 2,1** – und entfernt sich damit rasch von der demographischen Stabilität aus eigener Kraft.

Die Lebenserwartung ist seit Einführung der AHV im Jahr 1948 um etwa 16 Jahre bei Männern und 15 Jahre bei Frauen gestiegen. **Als die AHV geschaffen wurde, war sie auf eine Rentenbezugsdauer von wenigen Jahren ausgelegt.** Heute finanzieren wir oft zwei Jahrzehnte Ruhestand. Was einerseits eine Erfolgsgeschichte der medizinischen und sozialen Entwicklung ist, entwickelt sich andererseits zu einer strukturellen Herausforderung für Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Altersvorsorge und den Zusammenhalt zwischen den Generationen.

Denn eine alternde Gesellschaft verschiebt das Gleichgewicht. Immer weniger Erwerbstätige finanzieren immer mehr Rentnerinnen und Rentner. Für die Wirtschaft bedeutet das langfristig ein geringeres Arbeitskräfteangebot, weniger Innovationsdynamik und steigenden Druck auf Produktivität und Wachstum. **2025 kämpften verschiedene Branchen mit Fachkräftemangel – vom Gesundheitswesen über das Baugewerbe bis zur Technik/Industrie.** Dieser Mangel ist kein konjunkturelles Phänomen, sondern Ausdruck einer strukturellen Entwicklung.

Besonders sichtbar wird die demographische Spannung in der Altersvorsorge. Das Umlageverfahren in der 1. Säule basiert auf Solidarität zwischen den Generationen. **Die Jungen finanzieren die Renten der Älteren** – im Vertrauen darauf, dass die nächste Generation später dasselbe tun wird. Doch dieses Versprechen gerät ins Wanken, wenn die Zahl der Beitragszahler schrumpft. Ohne Anpassungen drohen steigende Lohnabgaben, sinkende Leistungen oder wachsende Schulden.

In diesem Kontext wirkt die Initiative der SVP, welche die Bevölkerung der Schweiz auf 10 Millionen Menschen be-

grenzen will, wie **ein Rückzug aus der Realität.** Migration ist nicht die Ursache des demographischen Problems. Sie ist ein Teil der Lösung. Wer in einer alternden Gesellschaft die Zuwanderung beschneiden will, verschärft den Arbeitskräftemangel und schwächt die Finanzierungsbasis der Sozialwerke.

Die eigentliche Herausforderung liegt nicht in der Zahl der Menschen, sondern in der Anpassungsfähigkeit unserer Institutionen und unseres Denkens. Es braucht ein gesellschaftliches Umdenken. Erstens muss die Finanzierung der Altersvorsorge breiter abgestützt werden – etwa durch eine flachere Verteilung der Lohnnebenkosten über das gesamte Berufsleben, statt einer Belastung der späteren Erwerbsjahre. Zweitens wird ein längeres Arbeiten zur Normalität werden müssen. **Wer länger lebt, wird auch länger zum System beitragen müssen – nicht als Zwang, sondern als Ausdruck neuer Lebensrealitäten.**

Drittens sollten wir uns von der Illusion verabschieden, dass ein weiterer Ausbau des Sozialstaats die Antwort auf demographischen Wandel sei. Nachhaltigkeit entsteht nicht durch zusätzliche Versprechen, sondern durch tragfähige Strukturen. Die demographische Entwicklung stellt die Solidarität zwischen den Generationen auf die Probe. Sie verlangt Offenheit statt Abschottung, Reformbereitschaft statt Besitzstandswahrung und den **Mut, unbequeme Wahrheiten zu akzeptieren.** Die Zukunft der Schweiz entscheidet sich nicht an einer Bevölkerungsobergrenze, sondern an unserer Fähigkeit, Wandel zu gestalten.

Bis bald bei der IHK

Kristiane Vietze

Präsidentin IHK Thurgau





Zentrum für berufliche
Weiterbildung

BILDUNG IST



AUCH

LERNRAUM



LERNEN. VERSTEHEN. UMSETZEN.

zbw.ch

PUBLI-REPORTAGE

Provida academy: Seminare, die Wirkung zeigen

Die Provida academy bringt Wissen in den Alltag: In kompakten Kurzseminaren und Webinaren vermitteln erfahrene Referentinnen und Referenten Wissen – praxisnah, kompakt, fundiert.

Provida academy
Schützengasse 12
CH-9000 St.Gallen
+41 71 466 71 82
provida-academy.ch

PROVIDA
a c a d e m y

Webinare und Präsenzseminare

Neben den bewährten dreistündigen Präsenzseminaren vor Ort in St. Gallen werden neu auch Webinare angeboten – ideal für alle, die in nur ein bis zwei Stunden ihr Wissen auffrischen oder erweitern möchten – effizient und ortsunabhängig. Die Seminare behandeln Themen aus den Bereichen Treuhand, Human Resources und Führung sowie Steuern und Recht.

Weiterbildung für KMU

In den vier Webinaren und neun Präsenzseminaren wird eine breite Palette an Themen abgedeckt. So erfährt man beispielsweise im Seminar **«Vertragsrecht im Unternehmensalltag»**, wie man Risiken frühzeitig erkennen und unerwünschte Rechtsfolgen vermeiden kann. Wie Mitarbeitende langfristig an ein Unternehmen gebunden oder die Fluktuation gesenkt werden kann, wird im Seminar **«Mitarbeitenden-Bindung»** vermittelt. Wer die steuerlichen Möglichkeiten im Rahmen der privaten Vorsorgeplanung rund um die Pensionierung optimal ausschöpfen möchte, für den ist das Webinar **«Steuroptimierte Vorsorgeplanung»** die richtige Wahl. Im Seminar **«Rechte und Pflichten für Geschäftsleitungsmitglieder und Verwaltungsräte»** erhält man einen praxisnahen und kompakten Überblick, um diese Funktionen rechtssicher, verantwortungsvoll und mit noch mehr Sicherheit auszuüben.

Wer Kompetenzen stärken, neue Impulse gewinnen oder rechtliche Sicherheit im Unternehmensumfeld vertiefen möchte, findet im vielfältigen Seminar- und Webinarprogramm passende Möglichkeiten zur individuellen Weiterentwicklung.



JETZT INFORMIEREN
UND ANMELDEN



SCHWER-
PUNKT

Träge und kostspielig – die Schweiz im Sog der Regulierungsflut

Die Regulierungsdichte in der Schweiz ist hoch – Tendenz steigend. Dies belastet den Wirtschaftsstandort und kostet jedes Jahr Milliarden. Insbesondere den KMU setzen die zunehmenden administrativen Anforderungen zu. Stossend sind jedoch oft nicht einzelne Erlasse, sondern die wachsende Komplexität von Prozessen und Regularien. Es besteht unbestrittenermassen Handlungsbedarf.

von Pascale Ineichen und Luca Kaufmann



Jedes Jahr schnüren neue Vorschriften das Regulierungskorsett enger. Auf allen staatlichen Ebenen wird der unternehmerische Handlungsspielraum zunehmend regulatorisch eingeschränkt und die Abläufe werden komple-

xer. Gemäss Erhebungen von Avenir Suisse belief sich der Umfang der bestehenden Erlasse im Jahr 2000 auf rund 22'000 Seiten. 20 Jahre später waren es bereits über 35'000.

Das Parlament ist für neue Regulierungen verantwortlich und müsste aktiv zur Reduktion dieser beitragen.

Zunehmende Belastung der Wirtschaft durch Regulierung

Nun ist die Zunahme von Rechtsnormen allein nicht per se gleichbedeutend mit einer höheren Regulierungslast. Doch das steigende Volumen deckt sich mit der subjektiven Wahrnehmung von Unternehmen: Im Bürokratiemonitor des Seco geben rund 60% der befragten Firmen zu Protokoll, dass die administrative Belastung aufgrund staatlicher Regulierungen spürbar zugenommen hat. Vor allem in den Bereichen Bauvorhaben, Lebensmittelhygiene, Ein- und Ausfuhr, beim Einholen von Bewilligungen sowie beim Ausbau von Produktionsanlagen besteht Handlungsbedarf. Ostschweizer Firmen sehen das ähnlich: In einer Umfrage der IHK St.Gallen-Appenzell und der IHK Thurgau vom vergangenen Herbst rangierten regulatorische Anforderungen bei den grössten Herausforderungen an oberster Stelle. Das Hauptproblem verorten die Unternehmen allerdings nicht primär in einzelnen Erlassteilen, sondern vor allem in der wachsenden Komplexität der Abläufe und Schnittstellen zwischen den verschiedenen Behörden.

30 Milliarden vermeidbare Bürokratiekosten pro Jahr

Die vielzitierte Regulierungsdichte belastet Unternehmen, wirkt wachstumshemmend und bremst Innovation – so der Konsens. Die genauen Kosten der Bürokratie zu beziffern ist aufgrund der vielen indirekten Effekte kein einfaches Unterfangen. Zu diesem Zweck hat Economiesuisse eine Studie in Auftrag gegeben. Diese kommt zum Schluss, dass bei konsequentem Bürokratieabbau verbunden mit Prozessoptimierungen und verstärkter Digitalisierung jährlich Kosten in Höhe von 30 Milliarden Franken vermeidbar wären. Die errechnete Grössenordnung zeigt eindrücklich auf, wie hoch das Potenzial eines Bürokratieabbaus ist.

Klare Forderungen seitens Wirtschaft und Landwirtschaft

Gemeinsam mit dem Schweizerischen Gewerbe-, dem Arbeitgeber- und dem Bauernverband präsentierte Economiesuisse im vergangenen November diese Studienergebnisse den Medien. Dabei waren sich die Verbände einig, dass eine rasch fortschreitende, konsequente Digitalisierung der Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Verwaltung nötig ist. Bewilligungen sollen schnell und transparent auf digitalem Weg beantragt werden können. Weiter sprach sich Economiesuisse für eine Prüfung der Regulierung im Umwelt- und Energiebereich aus. Auch die Landwirtschaft kämpft mit hohem Verwaltungsaufwand: Gemäss Agroscope beträgt dieser über 130 Millionen Franken pro Jahr – dies entspricht über 5% des Direktzahlungsbudgets.

Avenir Suisse stösst ins gleiche Horn wie die Wirtschaftsverbände: Verwaltungsabläufe seien effizienter zu gestalten und Zuständigkeiten klarer zu definieren. Der Think Tank bringt auch unkonventionelle Lösungsansätze ins Spiel – etwa die Idee, eine «Löschwoche» einzuführen. So soll das

ationale Parlament jedes Jahr eine Sessionswoche ausschliesslich dazu nutzen, redundant gewordene Bestimmungen zu identifizieren und aufzuheben.

Reformansätze entschieden vorantreiben...

Das Thema ist in aller Munde und der Handlungsbedarf unbestritten:

... auf Bundesebene

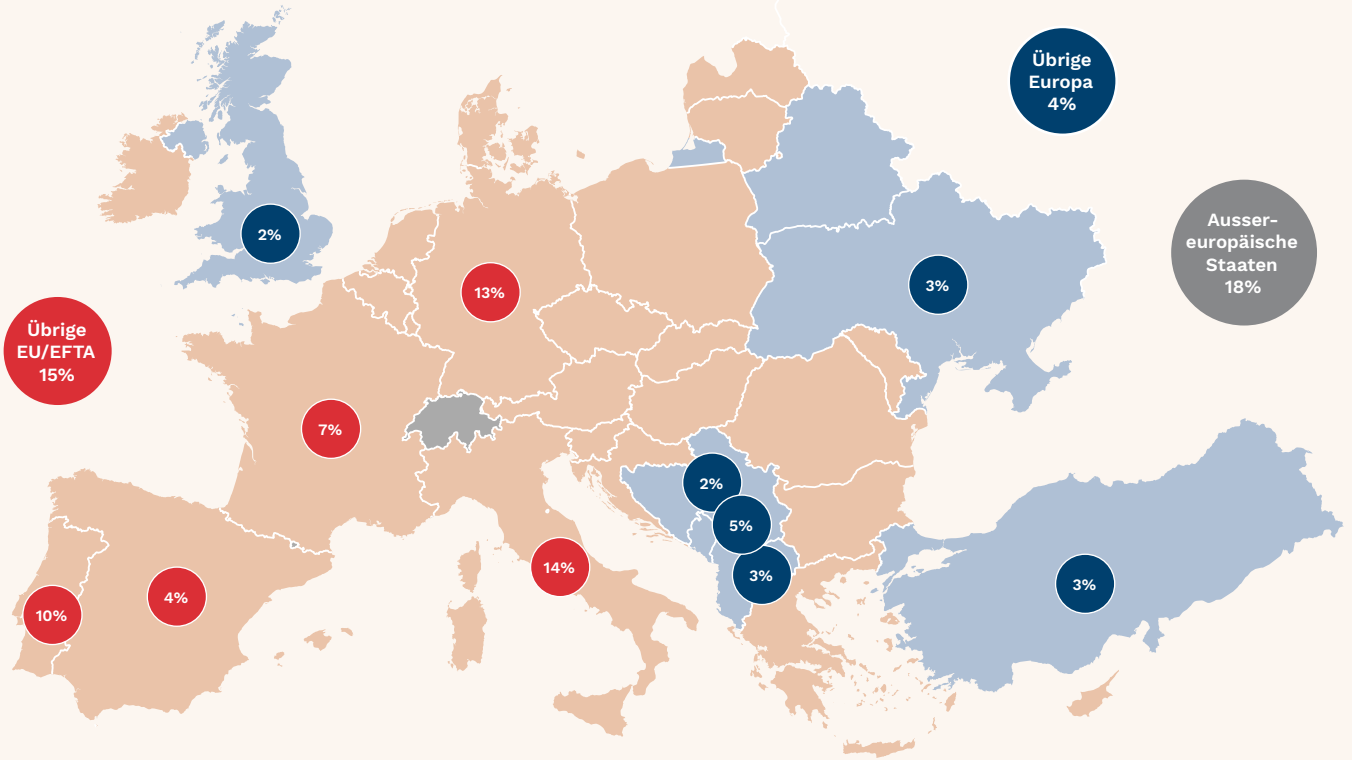
Gemäss Bundesrat beeinflusst «der international verstärkte Wille zur Deregulierung die Standortattraktivität der Schweiz.» Um international nicht abzufallen, brauche es Massnahmen zur regulatorischen Entlastung von Unternehmen und eine Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen. Aus dieser Erkenntnis resultiert ein Paket mit 28 Massnahmen, welches departementsübergreifend erarbeitet und im vergangenen November präsentiert wurde. Seitens des eidgenössischen Finanzdepartements beispielsweise wurden administrative Entlastungen bei der Mehrwert-, der Verrechnungs- sowie der Stempelsteuer beschlossen. Im Geltungsbereich des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung sollen ein eForm-Online-Schalter eingerichtet sowie das Verfahren zur Beantragung von Kurzarbeitsentschädigungen vereinfacht werden. Je nach Art der Massnahme unterscheidet sich der Umsetzungsprozess. In gewissen Fällen sind Anpassungen auf Gesetzes- oder Verordnungsebene notwendig. Im Herbst 2026 wird der Bundesrat weiter über das Projekt informieren.

... im Kanton Thurgau

Auch der Kanton Thurgau hat den Handlungsbedarf erkannt. In den aktuellen Regierungsrichtlinien ist zur Optimierung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft eine Überprüfung aller Erlasse im kantonalen Rechtsbuch hinsichtlich ihrer Notwendigkeit vorgesehen. Mit dem digitalen Schalter baut der Kanton die elektronischen Dienstleistungen laufend aus – Angebot wie das eBau-Portal zur elektronischen Abwicklung von Baugesuchen sind begrüssenswert und sollen rasch flächendeckend verfügbar gemacht werden. Eine Vereinfachung soll zudem die kantonale Aufgaben- und Verzichtsplanung bringen, welche der Regierungsrat in Auftrag gegeben hat und deren Bericht sich aktuell in der Vernehmlassung befindet. Im kommenden Herbst wird sowohl auf Bundesebene als auch kantonal über den aktuellen Stand der Arbeiten und die konkrete Umsetzungsplanung informiert. Die IHK bleibt dran.



Ausländische Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit in Prozent



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen ergibt die Summe der Angaben nicht genau 100%.

Die ausländische Bevölkerung in der Schweiz ist stark europäisch geprägt.
(Quellen: BFS und Avenir Suisse)

SCHWER-
PUNKT

Migration und die Schweiz: Zahlen und Fakten

Die Zuwanderung erhitzt die Gemüter: Ihre Herausforderungen sind im Alltag spürbar – so etwa bei der Wohnungssuche oder im Verkehr. Dies verlangt nach Massnahmen. Tatsache aber ist: Aufgrund ihrer demografischen Struktur wird die Schweiz auf arbeitsmarktorientierte Zuwanderung angewiesen bleiben – für die Gewinnung von Arbeitskräften, den Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit und die Finanzierung der Sozialwerke.

von Pascale Ineichen

Aktuell wohnen in der Schweiz 9 Millionen Menschen. Davon gehören 2,5 Millionen bzw. 27 Prozent zur ausländischen Bevölkerung ohne Schweizer Pass. Fast zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung stammt aus der EU, die meisten aus Italien, Deutschland, Portugal oder Frankreich. Beinahe die Hälfte aller in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer kommt aus diesen vier Staaten. Herkunftsländer ausserhalb von EU und EFTA sind vor al-

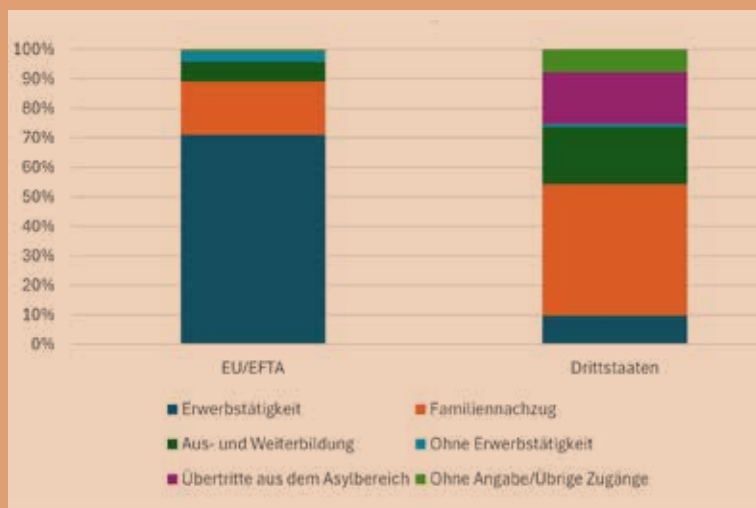
lem Kosovo, Türkei und Nordmazedonien sowie – ausser-europäisch – Eritrea, Afghanistan und Sri Lanka.

Erwerbstätigkeit als Hauptgrund für die Zuwanderung

75 Prozent der Zugewanderten aus den EU- und EFTA-Staaten kommen zum Arbeiten in die Schweiz, 18 Prozent aufgrund des Familiennachzugs. Für die Erteilung

der Aufenthaltsbewilligung ist ein gültiger Arbeitsvertrag oder der Nachweis der eigenen finanziellen Unabhängigkeit Voraussetzung.

Bei den Zuzüglern aus Drittstaaten ist das Verhältnis anders: 10 Prozent kommen aufgrund der Arbeit, 44 Prozent aufgrund des Familiennachzugs und der Rest aus anderen Gründen. Der Asylbereich (inkl. Status S) machte zwischen 2014 und 2023 total 12 Prozent des gesamten durch Migration bedingten Bevölkerungswachstums der Schweiz aus. Etwas mehr als die Hälfte der hier ansässigen ausländischen Bevölkerung verfügt über eine Niederlassungsbewilligung mit unbeschränktem Aufenthaltsrecht. Der grösste Teil hat aufgrund eines Arbeitsverhältnisses in der Schweiz eine Aufenthaltsbewilligung von ein bis fünf Jahren. Durchschnittlich sind in der Schweiz seit dem Jahr 2000 jährlich 75'000 Personen zugewandert, wobei das Jahr 2023 wegen der Flucht von Menschen nach Kriegsausbruch in der Ukraine einen statistischen Ausreisser bildete.



Gründe für die Einwanderung in die Schweiz im Jahr 2023 bezogen auf die ständige ausländische Bevölkerung (Quelle: SEM / IHK SG-AP)

Schweizer Bevölkerung altert massiv

Aufgrund der demografischen Struktur altert die Bevölkerung der Schweiz rasant: In den kommenden 10 Jahren wird die Babyboomer-Generation pensioniert, da heisst, es gehen rund 50'000 Personen pro Jahr in Rente. Derzeit kommen auf 100 erwerbstätige Personen 35 Rentnerinnen und Rentner. Bis 2050 steigt dieses Verhältnis auf 100 zu 45. Weil also jährlich bedeutend mehr Menschen in den Ruhestand gehen als neu in den Arbeitsmarkt eintreten, fehlen der Wirtschaft gemäss Schätzungen bis ins Jahr 2035 rund eine halbe Million Vollzeit-Arbeitskräfte – 60'000 davon allein in der Ostschweiz. Gemäss einer Umfrage unter den Mitgliedern der IHK St.Gallen-Appenzell und Thurgau rechnet denn auch über ein Drittel der befragten Unternehmen künftig mit einem steigenden Bedarf an ausländischen Arbeitskräften.

EU: Personenfreizügigkeit und Unionsbürgerrichtlinie

Die arbeitsmarktorientierte Zuwanderung wird von der Schweiz für EU / EFTA-Angehörige über die Personenfreizügigkeit gesteuert sowie mittels Kontingenten für Drittstaaten. Oft wird behauptet, die im bilateralen Vertragspaket mit der EU vorgesehene Ausweitung der Personenfreizügigkeit durch die Teilübernahme der Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) würde die Migration in die Schweiz im Vergleich zu heute massiv verstärken. Fakt ist jedoch: Schon heute haben Staatsangehörige aus 17 EU- und EFTA-Staaten nach einem ununterbrochenen Aufenthalt von fünf Jahren in der Schweiz und der Erfüllung von Integrationskriterien einen Anspruch auf eine Niederlassungsbewilligung C (was einem Daueraufenthaltsrecht entspricht). 88 Prozent aller EU / EFTA-Staatsangehörigen in der Schweiz verfügen bereits heute über eine Niederlassungsbewilligung C oder haben nach fünf Jahren Aufenthalt ein Anrecht darauf (bei Erfüllung der Integrationskriterien). Mit der Teilübernahme der UBRL würde das Daueraufenthaltsrecht auf die restlichen EU-Staaten ausgeweitet, steht aber nur Erwerbstätigen und deren Familien offen.

Auswirkungen auf die Sozialhilfe

Studien zeigen zudem, dass nicht damit zu rechnen ist, dass die Zahl von Sozialhilfebezügerinnen und -bezüglern aufgrund der Teilübernahme der UBRL massiv ansteigt: Das Staatssekretariat für Migration rechnet mit einer Zunahme von Sozialhilfe beziehenden Personen um bis zu 1,5 Prozent, was Mehrkosten von ca. 74 Millionen Franken pro Jahr entspricht. Zu beachten ist zudem, dass Arbeitnehmende aus den EU / EFTA-Staaten deutlich mehr Beiträge in die 1. Säule einzahlen, als sie daraus beziehen: Aktuell tragen sie 27 Prozent zu deren Finanzierung bei, beziehen aber nur 15 Prozent der Leistungen. Ein Teil der entstehenden Lücke im Arbeitsmarkt könnte durch eine zusätzliche Mobilisierung der inländischen Arbeitskräfte sowie durch eine Anhebung des Rentenalters geschlossen werden. Für die Deckung des restlichen Bedarfs wird die Schweiz aber auch künftig auf arbeitsmarktorientierte Zuwanderung angewiesen sein.

Wie diese zu steuern ist, wird aktuell kontrovers diskutiert. Die IHK-Umfrage zeigt: Die Personenfreizügigkeit in Verbindung mit der Schutzklausel wird von einer überwiegenden Mehrheit von Ostschweizer Unternehmen als Steuerungsinstrument für die arbeitsmarktorientierte Zuwanderung bevorzugt. Alternative Modelle wie eine Steuerung über ein Punktesystem zur Erfüllung bestimmter Kriterien, Kontingentierungen oder die Erhebung einer Zuwanderungsabgabe schneiden bei den befragten Unternehmen deutlich schlechter ab.

Fixe Bevölkerungsgrenze? Vorwärts ins Chaos!

Die Chaosinitiative der SVP will die Bevölkerungszahl bis ins Jahr 2050 auf 10 Millionen Personen beschränken. Die Konsequenzen wären drastisch: ein Verteilungskampf um Fachkräfte, Abwanderung von Firmen ins Ausland, tiefere Steuereinnahmen, Versorgungsengpässe, Gefährdung der Sozialwerke sowie Beendigung des bilateralen Wegs mit der EU. Die IHK Thurgau sagt klar Nein zu dieser absurden Forderung.

von Pascale Ineichen

Die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen Schweiz» will in der Bundesverfassung festschreiben, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz die Marke von 10 Millionen Personen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten darf. Danach kann der Bundesrat den Grenzwert jährlich mittels Verordnung um den Geburtenüberschuss anpassen. Wird die Marke von 10 Millionen Personen überschritten, so «treffen Bundesrat und die Bundesversammlung alle ihnen zur Verfügung stehenden Massnahmen zur Einhaltung des Grenzwertes». Wenn zudem der tiefere Grenzwert von 9,5 Millionen Personen vor 2050 erreicht wird, treffen sie «Massnahmen im Hinblick auf die Einhaltung des Grenzwertes..., insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug.»

10-Millionen-Grenzwert vor 2050 erreicht

Berechnungen des Bundesamtes für Statistik (BfS) zeigen, dass die 10-Millionen-Marke vor 2050 überschritten wird. Da die Schweiz aktuell kaum noch einen Geburtenüberschuss verzeichnet, wächst die Bevölkerung vor allem aufgrund der Zuwanderung. Zudem steigt der Altersquotient: Die geburtenstarke Baby-Boomer-Generation tritt in die höheren Altersklassen ein, womit die über 65-jährige Bevölkerung bis 2055 von 1,8 auf 2,7 Millionen Personen ansteigt. Das Bundesamt für Statistik (BfS) hat drei Szenarien für die Bevölkerungsentwicklung berechnet: Das sogenannte Referenzszenario schreibt für die Prognose die aktuelle Entwicklung von Geburtenrate, Lebenserwartung und Nettozuwanderung fort.

Unter dieser Annahme wird die 10-Millionen-Grenze im Jahr 2042 überschritten. Ein weiteres Szenario geht von einer stärkeren Zunahme obiger Werte aus, wobei die Bevölkerung schneller wächst. In diesem Wachstumszenario würde der Grenzwert bereits im Jahr 2034 erreicht. Das dritte Szenario mit Annahme eines tieferen Bevölkerungswachstums würde die Grenze vor 2050 nicht überschreiten. Dieses Szenario kritisiert die SVP allerdings selber als unrealistisch und zu tief.

Konsequenzen bei Erreichen des Grenzwerts

Ausgehend von der Annahme, dass die Nettozuwanderung nach Erreichen des Grenzwertes gemäss Forderung der Chaos-Initiative gestoppt würde, wäre im Wachstumsszenario bereits ab 2034 keine Zuwanderung mehr möglich. Das würde bedeuten, dass sich erst wieder eine Person in der Schweiz niederlassen kann, wenn eine andere Person stirbt oder auswandert: Auslandschweizer, die in die Schweiz zurückkehren möchten, müssten mit der Rückkehr allenfalls zuwarten. Der Nachzug eines Partners oder einer Partnerin aus dem Ausland von jemandem der hier arbeitet, wäre nur möglich, wenn ein Abgang erfolgt. Die Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Ausland würde damit komplett unterbunden. Im Referenzszenario hingegen wäre gemäss den Berechnungen zwischen 2042 und 2050 noch eine jährliche Zuwanderung von 12'000 Personen möglich, da die Schweizer Bevölkerung in jenen Jahren aufgrund ihrer Altersstruktur wieder leicht schrumpft.



Arbeitsmarkt und Versorgung im Engpass

Aktuell liegt die durchschnittliche jährliche Netto-Zuwanderung bei 75'000 Personen. Schweizweit beträgt der Anteil der Erwerbstätigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit 35 Prozent. In den kommenden zehn Jahren fehlen der Schweiz aufgrund der demografischen Entwicklung rund 500'000 Arbeitskräfte. Zur Schliessung dieser Lücke würde eine jährliche Nettozuwanderung von 12'000 Personen bei Weitem nicht reichen. Verschiedene Branchen hätten als Konsequenz mit massivem Arbeitskräftemangel zu kämpfen – allen voran das Gesundheitswesen. Das Universitätsspital Basel hat erläutert, was das bedeuten würde: Fast die Hälfte der Mitarbeitenden des Spitals hat einen ausländischen Pass und mehr als die Hälfte aller Ärztinnen und Ärzte stammt aus dem Ausland. Aufgrund der Fluktuation muss allein das Universitätsspital Basel bereits heute jährlich 600 Stellen neu besetzen – ohne Zugang zu ausländischen Fachkräften wären lange Wartezeiten für Behandlungen, ein Leistungsabbau und letztlich auch die Schliessung von Spitalbetten unvermeidlich. Auch andere Branchen wären betroffen: Im Bau fehlten Arbeitskräfte, um die Nachfrage nach dringend benötigtem zusätzlichem Wohnraum zu decken. Das Angebot im öffentlichen Verkehr, der Gastronomie oder dem Detailhandel müsste aufgrund fehlender Arbeitskräfte ebenfalls eingeschränkt werden. Und

auch die Landwirtschaft und die Spitzentechnologie wären betroffen.

Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU

In letzter Konsequenz müsste die Schweiz zwei Jahre nach Überschreiten des Grenzwertes das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen, falls die Bevölkerungszahl nicht wieder unter die 10 Millionen-Grenze gedrückt werden könnte. Dies hätte zur Folge, dass aufgrund der Guillotine-Klausel auch die bilateralen Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse, über Land- und Luftverkehr sowie das Landwirtschaftsabkommen dahinfallen würden. Dasselbe gilt für die mit der Personenfreizügigkeit verknüpften Abkommen von Schengen und Dublin, womit die Schweiz nicht mehr in die grenzüberschreitende europäische Kriminalitätsbekämpfung und das Asylabkommen eingebunden wäre. Jeder in der EU abgewiesene Asylsuchende wäre damit grundsätzlich berechtigt, in der Schweiz ein zweites Asylgesuch zu stellen. Asylbewerber könnten von der Schweiz nicht mehr in das Ersteinreiseland zurückgeschickt werden. Die absurde, fixe Begrenzung der Bevölkerung hätte weitreichende Konsequenzen für die Versorgungssicherheit, die Innovationskraft, die Standortattraktivität, den Wohlstand und die Sozialwerke der Schweiz. Dazu sagt die Industrie- und Handelskammer Thurgau entschieden Nein.

MEHR INFOS



14. JUNI

CHAOS-INITIATIVE NEIN

IHK-Rückblick auf das Jahr 2025: Umzug und Campus-Start

Das vergangene Jahr war für die IHK Thurgau in verschiedener Hinsicht intensiv und spannend: Mit dem Umzug in neue Büros präsentiert sich die IHK gegen aussen in einem neuen Gewand. Zudem hat sie dem I+D Campus 2025 den letzten Impuls für einen erfolgreichen Start gegeben. Der Aussenhandel, in dem viele IHK-Mitglieder involviert sind, war wegen der US-Zölle mit grossen Herausforderungen konfrontiert.

von Jérôme Müggler

BOOM! der Thurgauer Wirtschaftstag hat 2025 bereits zum dritten Mal erfolgreich stattgefunden.

Im vergangenen Jahr ging ein grosses Kapitel unserer Kammer zu Ende – nämlich jenes der Büroräumlichkeiten im Weinfelder Postgebäude. Die IHK Thurgau war über mehrere Jahrzehnte dort zuhause. Zeitweise zusammen mit den Büros der verbandseigenen Ostschweizer Ausgleichskasse für Handel und Industrie, deren Sitz heute zentral in St.Gallen ist. Im Rahmen des Umzugs im April 2025 kamen im Archiv verschiedene Trouvaillen und auch Büroarbeitsgeräte aus einer anderen Zeit zum Vorschein. Als moderner Verband brauchen wir Räumlichkeiten, die unserer Aussenwirkung dienen und die Möglichkeit zum Austausch mit verschiedenen Akteuren bieten. Das haben wir an der Thomas-Bornhauser-Strasse 14 gefunden. Zudem gehören attraktive Arbeitsplätze heute zum Muss, um passende Mitarbeitende anziehen zu können. Die IHK ist nun im gleichen Gebäude wie der Thurgauer Gewerbeverband zuhause. Damit konnte auch die Vision eines «Haus' der Wirtschaft» umgesetzt werden, wo die Thurgauer Wirtschaftswelt und der Austausch mit der Politik sowie der Bevölkerung geprägt wird.

Innovationscampus ist in Kreuzlingen gestartet

Nach einer fast 5-jährigen Projektphase hat der «I+D Campus» (vormals Digital & Innovation Campus Thurgau) im Juli 2025 seinen Betrieb in Kreuzlingen aufgenommen. Die IHK hat den Campus angestossen und massgeblich entwickelt. Unser Verband hat das Potenzial eines starken Orts für angewandte Forschung und Innovation früh erkannt und die Initiative ergriffen, um Wirtschaft und Wissenschaft näher zusammenzubringen. Der Campus wird von der IHK eingesetzten «Stiftung I+D Campus» getragen, wo



die Kammer mit dem IHK-Direktor sowie dem Vize-Präsidenten der IHK, Andrea Roth, im Stiftungsrat vertreten ist. Mit der Einstellung des Campus-Geschäftsführers Meinrad Koch gingen die Aufbauthemen und operative Fragen von der IHK in die eigenständige Betriebsorganisation über. Unsere Kammer hat damit demonstriert, wie sie den Thurgau als guten Ort zum Wohnen und Arbeiten mitgestaltet sowie einem Leuchtturm für den Kanton Leben eingehaucht hat.

Handelskammern unter sich

Nochmals «ein Scheit drauflegen» konnte die IHK im vergangenen Jahr bei der Zusammenarbeit mit Dritten. Im Rahmen des Europa-Dossiers, das wir schon länger mit der IHK St.Gallen-Appenzell bearbeiten, ist vergangenes Jahr noch die Zürcher Handelskammer dazugekommen. Die Vorstände der drei Kammern haben sich 2025 zwei Mal



Die Vorstände der Handelskammern aus dem Thurgau, St.Gallen-Appenzell und Zürich am gemeinsamen Workshop zu den Bilateralen III.

am Flughafen Zürich getroffen, um sich mit den Bilateralen III auseinanderzusetzen. Diese Austauschformate wurden von den Unternehmerinnen und Unternehmen sehr geschätzt und helfen bei wichtigen Themen Allianzen zu schmieden. Weiter hatte unsere Kammer im vergangenen Jahr bereits zum dritten Mal «BOOM! der Thurgauer Wirtschaftstag» durchgeführt – zusammen mit dem Gewerbeverband sowie dem Landwirtschaftsverband VTL. Das Anlassformat hat sich mittlerweile etabliert und konnte gut 300 Gäste mit einem spannenden Programm begeistern.

US-Zölle standen im Fokus

Das Jahr 2025 hat eindrücklich gezeigt, wie stark exportorientierte Unternehmen – auch im Kanton Thurgau – von der internationalen Handelspolitik abhängig sind. Während geopolitische Spannungen neue Risiken mit sich brachten, eröffneten gleichzeitig wichtige Freihandelsabkommen neue Wachstumsperspektiven. Besonders deutlich wurde die Verwundbarkeit offener Volkswirtschaften im Sommer 2025. Die USA führten zusätzliche Zölle von bis zu 39% auf zahlreiche Schweizer Exportprodukte ein – deutlich mehr als gegenüber anderen Handelspartnern. Für exportorientierte Branchen wie Maschinenbau, Präzisionstechnik oder Uhren bedeutete dies kurzfristig einen erheblichen Wettbewerbsnachteil. Zwar konnte im Herbst eine Einigung erzielt werden. Die Zölle wurden rückwirkend auf maximal 15% begrenzt, was die Situation deutlich entschärfte. Dennoch zeigte der Konflikt, wie wichtig stabile Handelsbeziehungen für eine exportorientierte Volkswirtschaft sind. Die Bedeutung des US-Marktes bleibt wichtig: 2025 exportierte die Schweiz Güter im Wert von 54,7 Milliarden Franken in die Vereinigten Staaten.

Neue Freihandelsabkommen mit Indien und den Mercosur-Staaten

Parallel dazu brachte 2025 auch positive handelspolitische Fortschritte. Besonders bedeutend ist das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indien, das am 1. Oktober 2025 in Kraft trat. Indien gewährt der Schweiz künftig verbesserten Marktzugang für 94,7% der bisherigen Exporte. Für die Industrie ist dies ein wichtiger Schritt, denn indische Importzölle lagen bislang teilweise bei bis zu 22%. Mit dem Abkommen werden Zölle für einen grossen Teil der Industrieprodukte schrittweise abgebaut – bei über 84% der Schweizer Exporte sogar vollständig innerhalb von zehn Jahren. Gerade für technologie- und exportstarke Unternehmen aus Regionen wie dem Thurgau eröffnet dies neue Chancen in einem der dynamischsten Wachstumsmärkte der Welt. Auch mit den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay) wurde 2025 ein wichtiges Freihandelsabkommen unterzeichnet. Die Vereinbarung soll langfristig Zölle auf zahlreiche Industrieprodukte abbauen und damit den Zugang zu einem Markt von über 260 Millionen Menschen erleichtern. Für Schweizer Unternehmen – etwa aus Maschinenbau, Medtech oder Präzisionsindustrie – entstehen damit zusätzliche Exportmöglichkeiten in einer wirtschaftlich aufstrebenden Region.

Offene Märkte für eine erfolgreiche Wirtschaft

Für die Thurgauer Wirtschaft ergibt sich daraus eine klare Erkenntnis: Offene Märkte bleiben die Grundlage für Wachstum und Innovation. Gleichzeitig zeigen die Ereignisse des Jahres 2025, dass internationale Handelsbeziehungen zunehmend politisch geprägt sind – und dass wirtschaftlicher Erfolg immer stärker von stabilen und verlässlichen Handelsregeln abhängt.



Rückblick 2025: Schlaglichter der Politik

2025 war insofern ein erfreuliches Jahr, als alle Abstimmungen – national wie kantonal – im Sinne der Parolen der IHK entschieden wurden. National sprach sich die IHK in der Vernehmlassung für eine Fortführung des bilateralen Wegs mit der EU aus und engagierte sich mit einer Kampagne stark gegen die geforderte Erbschaftssteuer der JUSO. Im kantonalen Fokus standen die Finanzen, Will West und die N23.

von Pascale Ineichen

Im vergangenen Jahr kamen richtungsweisende Themen für die Wirtschaft zur Abstimmung oder in die Vernehmlassung. Im Februar verwarf die Schweizer Stimmbevölkerung die Umweltverantwortungs-Initiative deutlich. Eine Annahme der Vorlage wäre mit weitreichenden staatlichen Eingriffen zulasten von Wirtschaft und Bevölkerung verbunden gewesen. Der Abstimmungstermin vom Juni verstrich ungenutzt.

Bilaterales Vertragspaket mit der EU in der Vernehmlassung

National rückte dafür über die Sommermonate die Vernehmlassung zum bilateralen Vertragspaket mit der EU ins Zentrum der politischen Debatte. Aufgrund der herausragenden Bedeutung dieser Vorlage führte die IHK Thurgau die Vernehmlassung gemeinsam mit der IHK-St.Gallen-Appenzell und der Zürcher Handelskammer durch: Im Rahmen von zwei Workshops prüften die Kammern unter Beizug externer Experten und enger Einbindung ihrer Vorstände das Vertragspaket eingehend. Im Anschluss sprach sich die IHK Thurgau deutlich für die Fortführung des bilateralen Weges aus und hielt in ihrer Medienmitteilung fest: «Nach eingehender Prüfung des Vertragspakets ist die IHK Thurgau überzeugt, dass diese massgeschneiderte Lösung die beste Handlungsalternative für die Regelung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU darstellt. Bezüglich der innerstaatlichen Umsetzung der Verträge ist entscheidend, dass die Schweiz ihren Handlungsspielraum maximal nutzt.»

Abschaffung des Eigenmietwerts und Einführung einer elektronischen Identität

Im Herbst schaffte das Stimmvolk mit einer Zustimmung von über 57 Prozent den Eigenmietwert ab. Der Entscheid entspricht der Position der IHK, welche die Kampagne

Kantonales Komitee JA zur Abschaffung der Liegenschaftsteuer.



des Hauseigentümergebietes unterstützte. Ebenfalls im Sinne der IHK fiel das zweite Abstimmungsresultat aus: Im erneuten Anlauf wurde das Gesetz zur Einführung einer elektronischen Identität an der Urne knapp angenommen – dieses Mal mit staatlicher Verantwortung bezüglich deren Herausgabe.

JUSO-Erbschaftssteuer erleidet deutlich Schiffbruch

Im vierten Quartal kam es zu einem emotionalen Abstimmungskampf um die Erbschaftssteuer-Initiative der Jungsozialisten, welche forderte, dass Schenkungen und Nach-

**UNSERE FAMILIEN-
UNTERNEHMEN
ERHALTEN.**

NEIN ZUR JUSO-
INITIATIVE

IHK Industrie- und
Handelskammer
Thurgau

IHK St.Gallen
Appenzell
1466

NEIN am 30.11.
nein-juso.ch



Das Frauenfelder Familienunternehmen Glatz unterstützte die IHK-Kampagne gegen die JUSO-Erbschaftssteuer.

lässe ab 50 Millionen Franken mit einer Erbschaftssteuer von 50 Prozent zu belegen sind. Dies hätte dem Werkplatz Schweiz und vor allem auch betroffenen Familienunternehmen nachhaltig Schaden zugefügt, wie eine Umfrage der beiden IHK St.Gallen-Appenzell und Thurgau unter ihren Mitgliedern schonungslos aufzeigte. Die beiden IHK engagierten sich denn auch mit einer eigenen Abstimmungskampagne in Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen gegen die Initiative. Mit über 78 Prozent wurde das

Kanton Thurgau zuzustimmen und damit den Weg für die Realisierung dieses zukunftsweisenden Standortprojektes zu ebnen. Der Rat stimmte dem Landkauf nach ausführlicher Debatte deutlich zu. Der Ball liegt nun wieder beim Stimmvolk des Kantons St.Gallen, welches am 8. März abschliessend über den Landverkauf an den Thurgau entscheidet.

Ausbau der N23 zeitlich zurückgestellt

Im Herbst publizierte das ASTRA die Studie «Verkehr 2045», welche zur Priorisierung der Strassen- und Schienen-Bauprojekte im Nachgang zum NEIN bei der STEP-Abstimmung in Auftrag gegeben wurde. Das Gutachten anerkennt zwar die hohe berdarfmässige Priorität der beiden verbliebenen Teilprojekte der N23 – der Umfahrung Weinfelden und der Umfahrung Amriswil mit Anschluss Romanshorn – deren Umsetzung aber wird zeitlich zurückgestellt. Aus Thurgauer Sicht ist es deshalb entscheidend, möglichst schnell den Ausbau der vorgesehenen Umfahrungen zu erwirken.

Angespannte kantonale Finanzlage entschärfen

Die IHK begrüsst, dass der Grosse Rat das kantonale Budget im Dezember ohne Steuererhöhung verabschiedet hat. Um Massnahmen gegen das strukturelle Defizit zu ergreifen, hat der Regierungsrat die Aufgaben- und Verzichtsplanung in Auftrag gegeben, deren Analyse nun vorliegt. Auf kantonaler Ebene wird 2026 die Aufgaben- und Verzichtsplanung von Regierung und Verwaltung im Vordergrund stehen: Die IHK wird den Bericht genau prüfen und im Vernehmlassungsverfahren Stellung dazu nehmen.



Ansinnen an der Urne deutlich verworfen.

Liegenschaftsteuer und Wil West

Auf kantonaler Ebene engagierte sich die IHK Thurgau im Mai für die überfällige Abschaffung der Liegenschaftsteuer. Die Abschaffung der unfairen Doppelbesteuerung wurde mit einem JA-Anteil von 69 Prozent deutlich angenommen. Im Herbst 2024 hatten sich sowohl die Regierung von St.Gallen als auch des Thurgaus deutlich für die überarbeitete Version des Projektes Wil West ausgesprochen. Im Sommer forderte die IHK die Mitglieder des Thurgauer Grossen Rats auf, dem Kauf des Areals durch den

Botschaft zu Bilateralen III kommt im März

National entscheidet das Stimmvolk im Juni über die Initiativen «Keine 10-Millionen-Schweiz», welche die Schweizer Bevölkerung bis 2050 verfassungsmässig auf maximal 10 Millionen Personen beschränken will (siehe separater Artikel in der Ausgabe). In der Frühjahrs-Session entscheidet das Parlament über das Entlastungspaket 27. Der Bundesrat wird zudem im März die Botschaft zum bilateralen Vertragspaket mit der EU publizieren. Zudem muss über die Finanzierung der 13. AHV-Rente entschieden werden.

Bilaterale III: Die Rolle des neuen Schiedsgerichts

Die neu vorgesehenen institutionellen Elemente in den Binnenmarktverträgen umfassen die dynamische Rechtsübernahme, die einheitliche Auslegung und Überwachung des Binnenmarktrechts sowie einen Streitbeilegungsmechanismus bei divergierenden Ansichten der Vertragsparteien. Diese Elemente sind aus Sicht der EU eine zwingende Voraussetzung für die Weiterführung des bilateralen Wegs mit der Schweiz.

von Pascale Ineichen

Die institutionellen Elemente im bilateralen Vertragspaket mit der EU gelten künftig klar begrenzt für sechs Binnenmarktverträge: Für die vier bisherigen zu Personenfreizügigkeit, Abbau technischer Handelshemmnisse sowie Land- und Luftverkehr und zusätzlich für die neu vorgesehenen Abkommen zu Strom und Lebensmittelsicherheit. Kommt es bezüglich dieser Abkommen künftig zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Schweiz und der EU, ist für die Streitbeilegung neu ein Schiedsgericht vorgesehen.

Das Landwirtschaftsabkommen ist von der dynamischen Rechtsübernahme ausgenommen, und auch für die Streitbeilegung gelten spezielle Bestimmungen.

Bisher: Streitbeilegung auf politischem Weg

Waren sich die Schweiz und die EU bei der Auslegung der bilateralen Verträge nicht einig, wurden Meinungsverschiedenheiten bisher ausschliesslich auf politischem Weg gelöst – im Rahmen sogenannter Gemischter Ausschüsse beider Parteien. Dort versuchte man, in diplomatischen Verhandlungen eine Lösung für eine strittige Frage zu finden. Konnte keine Einigung erzielt werden, blieben Meinungsverschiedenheiten mitunter ungelöst und es entstand eine Blockade. Dies führte mehrfach zu sachfremden Druck- und Vergeltungsmassnahmen gegenüber der Schweiz, wenn die EU der Meinung war, dass die Schweiz die Verträge verletzt hatte. Das war beispielsweise der



Fall, nachdem die Schweiz im Jahr 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen hatte, was nach Ansicht der EU gegen die Personenfreizügigkeit versties. Darum schloss sie die Schweiz daraufhin vom europäischen Forschungsprogramm Horizon aus.

Auch nach dem Schweizer Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen versuchte die EU Druck aufzusetzen, indem sie sich weigerte, das Abkommen über technische Handelshemmnisse im Bereich der Medizintechnik zu aktualisieren. Dies hatte zur Folge, dass in der Schweiz ausgestellte Zertifika-

te in diesem Bereich von der EU nicht mehr anerkannt werden und nun für Medtech-Produkte eine neue, zusätzliche Zertifizierung in der EU nötig ist. Betroffene Firmen wurden durch den damit verbundenen administrativen und finanziellen Aufwand empfindlich getroffen. Solche sachfremden Vergeltungsmassnahmen bei Differenzen sind mit dem neu geschaffenen Verfahren zur Streitbeilegung nicht mehr zulässig.

Neu: Schiedsgericht entscheidet über Streitigkeiten

Auch künftig wird die Beilegung eines Streits zwischen den beiden Vertragsparteien zunächst im Gemischten Ausschuss des betroffenen Abkommens diskutiert. Kann dort jedoch innerhalb von drei Monaten keine Einigung erzielt werden, können die Parteien neu ein Schiedsgericht einberufen. Dieses ist paritätisch zusammengesetzt und verfügt über eine gleiche Anzahl Richterinnen und Richter der EU wie der Schweiz. Zusammen wählen diese zudem ein unabhängiges Präsidium. Total umfasst das Schiedsgericht drei oder fünf Personen und ist damit weder ein Schweizer noch ein EU-Gericht, sondern ein gemeinsames unabhängiges Gremium.

Die Richterinnen und Richter des Schiedsgerichts beurteilen den entsprechenden Sachverhalt. Halten sie dabei aufgrund von Unklarheiten die Auslegung von Rechtsbegriffen des EU-Binnenmarktrechts für nötig, rufen sie dafür den Europäischen Gerichtshof (EuGH) an, welcher die Auslegung vornimmt – und zwar ausschliesslich für die spezifische Rechtsfrage, für die er beigezogen wurde. Selbst entscheidet der EuGH aber nicht über den eigentlichen Streitfall, sondern gibt seine Beurteilung der betreffenden Frage zurück an das Schiedsgericht. Der abschliessende Entscheid bezüglich der Streitsache liegt immer beim Schiedsgericht.

Befürchtungen, der Europäische Gerichtshof würde die Beurteilung einer Frage explizit gegen die Interessen der Schweiz vornehmen, sind nicht begründet, denn die Rechtsauslegung des EuGH ist für sämtliche Mitgliedstaaten gleichermassen verbindlich. Der EuGH kann zudem nicht auf eigene Initiative bei einem Schiedsgerichtsfall aktiv werden, sondern nur dann, wenn er vom Schiedsgericht beigezogen wird.

Ausgleichsmassnahmen bei Missachtung eines Schiedsgerichts-Entscheids

Grundsätzlich ist ein Entscheid des Schiedsgerichts für beide Vertragsparteien verbindlich. Wenn sie mit einem Entscheid jedoch nicht einverstanden ist, kann sich die Schweiz künftig auch weigern, diesen umzusetzen. In diesem Fall wäre die EU ihrerseits dazu berechtigt, verhältnismässige Ausgleichsmassnahmen zu ergreifen, um das Gleichgewicht zwischen den Vertragspartnern wieder herzustellen, das durch die Nicht-Beachtung des Entscheids entstanden ist. Umgekehrt gilt dasselbe auch für die EU.

Ausgleichsmassnahmen einer Vertragspartei müssen verhältnismässig sein und dürfen nur im betreffenden Binnenmarktabkommen oder einem anderen Binnenmarktabkommen erfolgen. Die Partei, welche Ausgleichsmassnahmen plant, muss die Gegenpartei vorgängig informieren und vor der Umsetzung bestimmte Fristen einhalten. Ob Massnahmen verhältnismässig sind oder nicht entscheidet wiederum das Schiedsgericht selbst. Auch andere völkerrechtliche Verträge sehen Ausgleichsmassnahmen bei Vertragsverletzungen vor – beispielsweise im Rahmen der WTO oder verschiedener Freihandelsabkommen.

Ein klar definiertes Streitbeilegungsverfahren stärkt tendenziell die Position der kleineren Vertragspartei, da für die Beendigung eines Streits ein klarer Ablauf definiert wird und damit Rechtssicherheit geschaffen wird. Willkürliche Vergeltungsmassnahmen der Gegenpartei sind dabei unzulässig.



Schokoladenpioniergeist aus Kreuzlingen

Ob in den USA, Italien oder der Schweiz – die Schokolade von Stella Bernrain ist gefragt. Das Familienunternehmen zählt in Sachen Fairtrade und Bio zu den Vorreitern und bezieht den Rohstoff Kakao direkt bei Kooperativen in Lateinamerika und Afrika. Wie kam es, dass Stella Bernrain bereits in den 90er Jahren auf Nachhaltigkeit setzte? Und wie steht es um die Zukunft des Thurgauer Betriebs?

von Luca Kaufmann



Monica Müller
CEO Chocolat Bernrain AG

In der Besucherwelt von Stella Bernrain herrscht reger Betrieb. Es ist angenehm warm und duftet nach Schokolade, als CEO Monica Müller zum Gespräch empfängt. Die Thurgauerin lenkt die Geschicke des Unternehmens in dritter Generation. Seit der Gründung im Jahre 1932 verschreibt sich das Traditionshaus der Herstellung von Schokolade.

Nischenmärkte als Erfolgsrezept

Ob klassische Milkschokolade, vegane Alternativen oder Fairtrade-Schokolade aus Costa Rica – das Team um Monica Müller entwickelt Schokolade in verschiedensten Ausführungen und Geschmacksrichtungen. Diese begegnet Konsumentinnen und Konsumenten im Laden jedoch meist nicht unter dem Namen Stella Bernrain. Der Traditionsbetrieb vertreibt 85 Prozent seines Absatzes an Gewerbekunden, welche die Schokolade unter ihrer eigenen Marken verkaufen. «Dies war ein strategischer

Entscheid meiner Grosseltern», erklärt die Geschäftsführerin. «1955 haben sie für den Lebensmittelverein Zürich die erste Private Label Schokolade der Schweiz produziert.» Daraus entstand in den Folgejahren eine erfolgreiche Nischenstrategie. «Wir richten uns ganz nach den Ideen unserer Kundschaft und entwickeln massgeschneiderte Lösungen.» So hat Stella Bernrain auf Kundenwunsch beispielsweise schon Schokolade mit Phytohormonen produziert, um besonders gesundheitsbewusste Kundschaft anzusprechen. «Unser Vorteil ist, dass wir bereits ab der verhältnismässig kleinen Menge von einer Tonne produzieren können», erläutert Monica Müller.

Bio-Pionierin in der Schokoladenbranche

Diese Flexibilität erlaubt es Stella Bernrain laufend neue Trends auszuprobieren. «Ein solcher Trend war zu Beginn auch die Produktion von Bio- und Fairtrade-Schokolade», erklärt Müller. «Einer unserer Kunden wollte 1991 eine Fairtrade-Tafel verkaufen und hat uns den entsprechenden Kakao geliefert. Diese Zusammenarbeit hat uns auf den Ge-



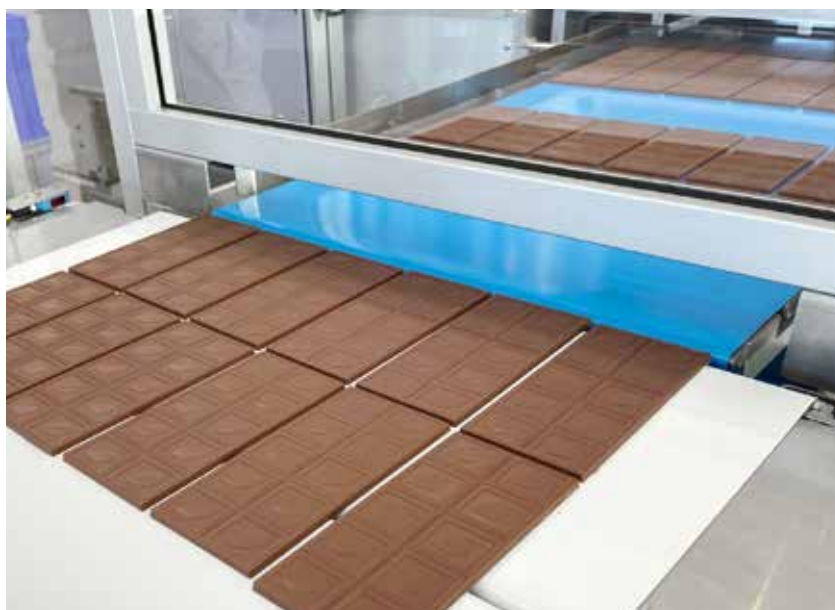
schmack gebracht.» Heute sind rund 80 Prozent der Produktion Bio- und Fairtrade-zertifiziert. Der Kakao wird direkt bei Bauernkooperativen in den Herkunftsländern bezogen. Dies sei durchaus mit Herausforderungen verbunden: «Unsere Qualitätsanforderungen und die administrativen Abläufe sorgten zu Beginn für Schwierigkeiten. Glücklicherweise hatten wir einen Mitarbeiter in Costa Rica, der diesen Prozess begleitete.» Heute unterhält das Thurgauer Unternehmen weltweit Beziehungen zu Kooperativen – von Panama über Peru bis nach Uganda.

Nebst einer fairen Herkunft der Rohstoffe ist das Familienunternehmen auch sonst um eine nachhaltige Produktion bemüht. Neben Solarpanels und einer Wärmepumpe setzt Stella Bernrain seit 2014 auf NatureFlex[®]. Dies ist eine kompostierbare Verpackungslösung, die aus Holz produziert wird. Die Verpackung stehe dem Pendant aus Aluminium in nichts nach, einzig die Produktionsmaschinen mussten zu Beginn angepasst werden. «Heute verpacken wir rund 40 Prozent unseres Absatzes mit der neuen Lösung.»

Politische und klimatische Instabilität

Die Produkte von Stella Bernrain finden Abnehmer in über 50 Ländern. «Den grössten Teil unserer Produktion verkaufen wir in der Schweiz und im benachbarten Ausland», erläutert die Geschäftsführerin. «Rund 20 Prozent geht in die USA.» Der Absatzmarkt in den Vereinigten Staaten stellte die Verantwortlichen in den letzten Monaten vor Herausforderungen. «Nach Ankündigung der Importzölle konnten wir im August drei ganze Container zunächst nicht in die USA ausliefern.» Mittlerweile hat sich die Situation wieder etwas entspannt, der Absatz in den USA ist für Stella Bernrain aber weiterhin schwierig zu planen. Auch die aktuelle Frankenstärke erschwert das Exportgeschäft.

Eine weitere grosse Herausforderung für das Unternehmen bildet der fortschreitende Klimawandel. Über Jahre lag der Kakaopreis zwischen 2'500–3'000 USD pro Tonne. «2024 hat sich der Preis aufgrund von Versorgungsgespässen innert kürzester Zeit vervierfacht», erklärt Monica Müller. Bis heute ist der Preis stark volatil. «Diese Planungsunsicherheit hat die Verhandlungen mit Kunden und Lieferanten stark erschwert. Die Situation erforderte viel Geduld und Flexibilität von allen Seiten.»



Unternehmensnachfolge aufgegleist

Sehr erfreut zeigt sich Monica Müller darüber, dass die Unternehmensnachfolge gesichert ist: «Vor zwei Jahren ist mein Neffe bei Stella Bernrain eingestiegen. Es ist schön, dass die Begeisterung für Schokolade auch in der vierten Generation vorhanden ist.» Auf die Frage, welche Werte sie gerne weitergeben möchte, antwortet Müller: «Als Familienunternehmen ist mir eine langfristige Ausrichtung sehr wichtig. Zudem bin ich überzeugt, dass wir sowohl extern als auch intern unsere soziale Verantwortung wahrnehmen müssen.»

Stolz präsentiert Monica Müller zudem das neue Branding von Stella. «Wir möchten die Präsenz unserer Eigenmarke stärken», erklärt die Geschäftsführerin. Deshalb haben sich Müller und ihr Team für die Lancierung von drei neuen Snack-Riegeln entschieden. Diese sind Bio- sowie Fairtrade-zertifiziert und werden in einer nachhaltigen Papierverpackung angeboten. Ein persönlicher Test des Autors nach Ende des Gesprächs bestätigt: Probieren lohnt sich.

ÜBER STELLA BERNRAIN

Das Thurgauer Unternehmen produziert eine Vielzahl an Schokoladenspezialitäten. Der Grossteil der Produktion wird an Gewerbetunden aus der ganzen Welt verkauft. Monica Müller führt das Unternehmen seit 2007 in dritter Generation. In Kreuzlingen sind rund 100 Mitarbeitende beschäftigt. Weitere 50 arbeiten in der Produktion in Giubiasco im Kanton Tessin.

Mutige Menschen brauchen starke Partner.

Wir bürgen für Sie.

BG OST
CFSUD

BG OST-SÜD Bürgschaftsgenossenschaft für KMU
071 242 00 60 – bgost.ch

RAIFFEISEN

Thurgauer Raiffeisenbanken

«Liquidität bank- und
firmenübergreifend
steuern?»

**Ganz einfach: mit
Raiffeisen Business Banking.**

Entdecken Sie unsere Banking-Plattform und steuern Sie
Ihre Liquidität bank- und firmenübergreifend.

Mehr erfahren:



BILDUNG

I+D Campus bietet neu Forschung und Innovation für Thurgauer Unternehmen

Am 18. Februar 2026 wurde der «I+D Campus» offiziell in Kreuzlingen eröffnet. Der Campus bietet Unternehmen, Startups sowie interessierten Organisationen aus dem Thurgau ab sofort Zugang zu angewandter Forschung, Innovationsberatung und modernen Co-Working-Arbeitsplätzen. Möglich wird dies dank einer Anschubfinanzierung aus den TKB-Millionen.

von Jérôme Müggler



Der I+D Campus ist mit seinen Partnern in Kreuzlingen eröffnet worden.

Mit einem inspirierenden Anlass wurde der I+D Campus in Kreuzlingen offiziell eröffnet. Innovation, Impuls und Inspiration treffen hier auf Digitalisierung, Dialog und Disruption – ein Zusammenspiel, das direkt auf die Wettbewerbsfähigkeit der Thurgauer Wirtschaft einzahlt. Im Fokus stehen Unternehmen, Startups und Organisationen aus der Region. Regierungsrat Walter Schönholzer betonte in seiner Grussbotschaft klar: «Nicht nur, aber ganz be-

sonders für die Wirtschaft im Kanton Thurgau sind Innovation und Digitalisierung zentral, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Der Thurgau ist ein ausgeprägter, erfolgreicher KMU-Kanton. Umso mehr sind wir darauf angewiesen, dass wir Orte haben, wo Wissen zu Innovation und Digitalisierung direkt vermittelt wird.» Der Campus schafft genau diesen Ort.

Ein Ort für Innovation, Austausch und Wachstum

Neben dem Campus-Team arbeiten das Thurgauer Institut für digitale Transformation (TI-DIT) sowie das Startnetzwerk Thurgau bereits in den Räumen des I+D Campus. Er bietet moderne Arbeits- und Begegnungsräume, flexible Co-Working-Angebote, Veranstaltungsflächen sowie wissenschaftliches Sparring für Innovations- und Digitalisierungsprojekte. Unternehmen profitieren von praxisnaher Beratung, Workshops, Netzwerkformaten und Innovationsprojekten. Startups finden hier ein inspirierendes Umfeld mit Zugang zu Gründerberatung, Infrastruktur und einem starken regionalen Netzwerk. Auch öffentliche Institutionen und Organisationen können den Campus als Denk- und Experimentierraum für digitale und innovative Lösungen nutzen.

Weniger ist mehr: Das gilt bei uns nur für die Kosten.

Weil gemeinsam besser ist.

Die Asga ist eine Genossenschaft. Das bedeutet, dass wir nur Ihren Gewinn zum Ziel haben. Dies erreichen wir auch, indem wir zu den Pensionskassen mit den tiefsten Verwaltungskosten gehören.

Erfahren Sie mehr über die Vorteile unserer genossenschaftlich organisierten Pensionskasse.
www.asga.ch



Feiern und Tagen mit Stil, Speed und Storys

Feiern und Tagen Sie zwischen Oldtimern, Formel-1-Boliden und echten Rennwagen in der autobau erlebniswelt in Romanshorn. Stilvolle Räume für 20–140 Personen, feines Essen, alles aus einer Hand. Persönlich geplant, unvergesslich umgesetzt.

Jetzt Termin sichern: QR-Code scannen oder auf autobau.ch vorbeischauen.



autobau erlebniswelt
events.museum.emotionen.

Egnacherweg 7
8590 Romanshorn



Event.
Erlebnis.
Motorsport.



Wissenschaftliche Kompetenz: Das Thurgauer Institut für Digitale Transformation

Ein zentraler Bestandteil des Campus ist das Thurgauer Institut für Digitale Transformation (TIDIT). Das TIDIT verantwortet mit zwei Forschungsgruppen den wissenschaftlichen Teil des Campus. Mit angewandter Forschung in den Bereichen Datenbanken sowie probabilistischer Künstlicher Intelligenz macht es neue Technologien für Unternehmen nutzbar. Mit seiner Arbeit leistet das Institut einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region und kann insbesondere KMU bei der erfolgreichen Umsetzung digitaler Transformationsprozesse unterstützen. Dr. Caroline Obolensky, Geschäftsführerin des TIDIT, betont: «Wir machen Forschung greifbar und bringen sie dorthin, wo sie den Thurgau stärkt: gemeinsam mit Unternehmen in konkrete Lösungen und in nachhaltige Wertschöpfung.»

Mit starken Partnern gemeinsam die Zukunft gestalten

Gemeinsam mit starken Partnern – dem Thurgauer Institut für Digitale Transformation dem Startnetzwerk Thurgau, sowie der Pädagogischen Hochschule Thurgau und dem Thurgauer Technologieforum – entsteht am Campus ein Ort, wo Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung enger verzahnt, um Innovation schneller in marktfähige Lösungen zu überführen. «Hier bekommt jede gute Idee einen Booster, damit sie nicht in der Schublade landet, sondern im Markt», sagt Meinrad Koch, Geschäftsführer des I+D Campus. Zusammen mit der Pädagogischen Hochschule wolle man gemeinsame eine «Smart Region» gestalten, die digitale Innovation mit pädagogischer Exzellenz verbindet. Konkret heisst das, dass man eine vernetzte und lernende Gesellschaft und die digitale Transformation in ihr fördern möchte.

Initiiert und entwickelt durch die IHK Thurgau

Angestossen und massgeblich entwickelt wurde der I+D Campus (vormals Digital & Innovation Campus Thurgau) von der Industrie- und Handelskammer Thurgau. Der Wirtschaftsverband hat das Potenzial eines star-



Stiftungspräsident Jérôme Müggler und Geschäftsführer Meinrad Koch leiten den I+D Campus.

ken Orts für angewandte Forschung und Innovation früh erkannt und die Initiative ergriffen, um Wirtschaft und Wissenschaft näher zusammenzubringen. «Da wir im Thurgau neben der PHTG keine eigene Hochschule haben, ist es entscheidend, dass wir akademisches Know-How in den Kanton bringen», sagt IHK-Direktor Jérôme Müggler, der die neue Stiftung I+D Campus präsidiert. Das tue man unter anderem über die Zusammenarbeit mit der Universität sowie der HTWG in Konstanz. Als starke Stimme der Thurgauer Wirtschaft setze sich die IHK für optimale Rahmenbedingungen und die nachhaltige Entwicklung des Thurgaus als guter Ort zum Wohnen und Arbeiten ein.

Anschubfinanzierung durch TKB-Millionen

Ermöglicht wird die Realisierung des Campus-Projekts durch eine Anschubfinanzierung aus den so genannten «TKB-Millionen», die aus dem Börsengang der Thurgauer Kantonalbank hervorgegangen sind. Diese ausserordentlichen Mittel dienen der Förderung von 20 innovativen, nachhaltigen und kantonale bedeutenden Projekten im Thurgau, wovon der I+D Campus eines ist. Als Grossprojekt erhält der I+D Campus eine Anschubfinanzierung von 20 Millionen Franken. Von diesen Geldern fliessen 10 Millionen Franken in das TIDIT, weitere 10 Millionen in Aufbau und Betrieb des I+D Campus. Beide Teilprojekte verfolgen einen Aufbauhorizont von 8-10 Jahren und werden Ende 2027 eine erste Zwischenevaluation über die erreichten Fortschritte machen.

MEHR INFOS
ZUM I+D CAMPUS



WIRTSCHAFT

Regionale Konjunktur – zaghafte Aufhellung trotz anspruchsvollem Umfeld

Der Jahresbeginn bringt für die Ostschweizer Wirtschaft noch keine Entlastung. Die exportorientierte Industrie bleibt mit einem anspruchsvollen internationalen Umfeld, mit Wechselkursbelastungen und zunehmenden protektionistischen Risiken in Europa konfrontiert. Die Erwartungen hellen aber auf. Baufirmen vermelden rekordhohe Auftragsbestände.

von Konjunkturboard Ostschweiz

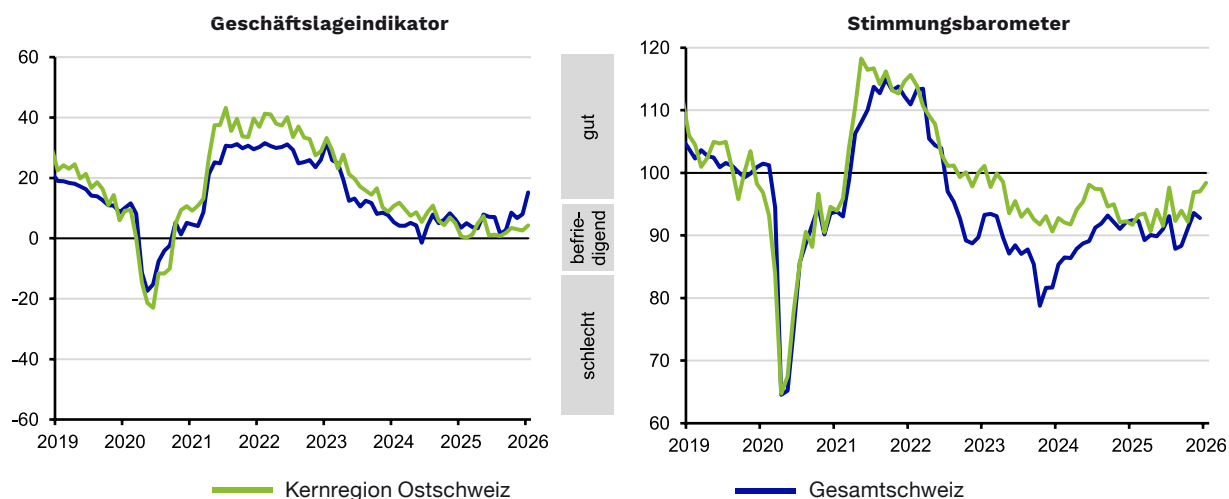
Während die Geschäftslage für die gesamte Schweizer Wirtschaft im Januar erstmals seit rund zweieinhalb Jahren wieder als «gut» eingeschätzt wird, ist die Ostschweizer Wirtschaft verhaltener ins neue Jahr gestartet. Die hiesigen Unternehmen beurteilen ihre Geschäftslage mehrheitlich als «befriedigend». In der Metallbranche sowie im Maschinen- und Fahrzeugbau bleibt die Lage herausfordernd, während sie sich im Bereich Elektronik und Optik aufhellt. Die Industrieunternehmen konnten ihre Kapazitätsauslastung steigern und berichten von steigenden Bestellungseingängen. Ein deutlicher Bestellszuwachs meldet die Elektronik- und Optikindustrie – auch aufgrund von Rüstungsbeschaffungen. Dennoch wird der Auftragsbestand weiterhin von über 40 Prozent aller Industrieunternehmen als zu klein beurteilt.

Erste Impulse aus Deutschland frühestens im zweiten Halbjahr

Die Ostschweizer Industrie kämpft nach wie vor mit der zähen Entwicklung in wichtigen Absatzmärkten. Die US-Wirtschaft zeigt sich trotz der wechselhaften Zollpolitik zwar robust. Für hiesige Unternehmen bestehen aber trotz der Absichtserklärung über ein Handelsabkommen mit den USA weiter erhebliche Abwärtsrisiken und Unsicherheiten. Impulse für eine nachhaltige Belebung aus anderen Absatzmärkten fehlen. Entscheidend bleibt die Entwicklung in Deutschland, wo sich die Konjunktur nur schleppend erholt und positive Signale bislang einzig aus der Rüstungsindustrie kommen. «Ein breiter Aufschwung in Deutschland lässt weiter auf sich warten und wird durch strukturelle Probleme gebremst. Im Jahresverlauf dürfte das Inf-

Geschäftslage in Ostschweizer Wirtschaft entwickelt sich seitwärts

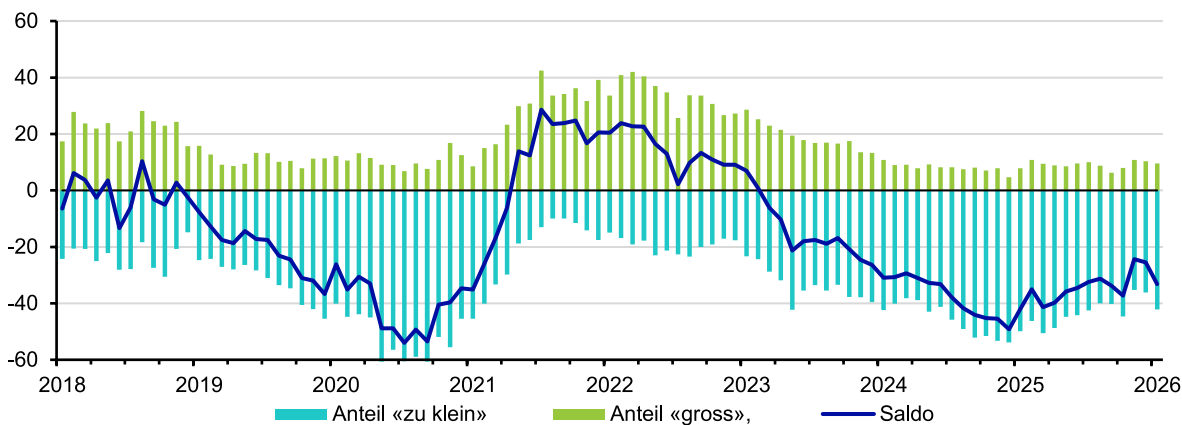
Die Geschäftslage in der Ostschweizer Wirtschaft hat sich zuletzt stabil entwickelt und notiert derzeit knapp im positiven Bereich. Der Stimmungsbarometer hat wieder etwas nachgegeben und verharrt unter der wichtigen Marke von 100 Punkten.



Quellen: KOF ETH Zürich, Konjunkturboard Ostschweiz

Auftragsbestand in der Industrie hat sich wieder verschlechtert

Beurteilung des Auftragsbestands, Saldo aus «gross» und «zu klein», saisonbereinigt, Kernregion Ostschweiz.



Quellen: KOF ETH Zürich, Konjunkturboard Ostschweiz

rastrukturpaket jedoch erste Impulse setzen», analysiert Céline Koster, Konjunkturoperatin bei der St.Galler Kantonalbank. Die nachhaltige Wirkung auf die Ostschweizer Wirtschaft dürfte jedoch deutlich geringer ausfallen als ursprünglich erhofft, da wesentliche Teile des Pakets in bereits geplante Ausgaben fliessen und nicht in zusätzliche Infrastrukturprojekte.

Zaghafte und heterogene Belegung in der Industrie

Für exportorientierte Firmen bleibt zudem die Währungssituation herausfordernd. Der Franken bleibt in Phasen erhöhter geo- und handelspolitischer Unsicherheit gefragt und hat sich gegenüber dem US-Dollar sowie zuletzt auch gegenüber dem Euro aufgewertet. Dies verteuert Exporte in weite Teile der Welt und schwächt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Ostschweizer Unternehmen. Dennoch blicken die Industriebetriebe aus der Region erwartungsvoll auf das erste Halbjahr 2026. Die Vorlaufindikatoren deuten für die kommenden Monate auf eine zögerliche Belegung hin: Für Produktion, Exporte und Bestelleingänge rechnen die Industriebetriebe mit einer Zunahme, wenn auch ausgehend von tiefem Niveau. Unter den Industrie-Subbranchen bleibt die Heterogenität ausgeprägt. Im Maschinen- und Fahrzeugbau ist einzig der erwartete Bestelleingang positiv, während die Elektronik- und Optikindustrie bei allen Indikatoren Verbesserungen erwartet. Die aufgehellten Aussichten münden insgesamt in der Erwartung, dass sich die Geschäftslage in den kommenden sechs Monaten verbessert.

Vermehrter Protektionismus als Risiko

Ein zunehmendes Risiko für die Ostschweizer Exportindustrie stellen wirtschafts- und industriepolitische Entwicklungen in China, den USA und vermehrt auch im europäischen Ausland dar. Die italienische Regierung plante zuletzt, steuerliche Anreize zugunsten von Maschinenkäufen aus EU- und EWR-Ländern einzuführen, was hiesige Maschinenexporteure im sechstwichtigsten Einzelzielmarkt massiv benachteiligt hätte. Zwar hat sich Italien von dieser

expliziten Diskriminierung abgewandt, doch die Meldungen aus Brüssel weisen zunehmend in eine protektionistische Richtung. Ab Mitte Jahr will die EU die eigene Stahlindustrie mit hohen Zöllen schützen. Anfang Februar hat überdies der EU-Industriekommissar in einem von mehr als 1000 Unternehmenschefs unterzeichneten Aufruf eine Bevorzugung von Firmen aus dem EU-Raum bei Beihilfen und öffentlichen Aufträgen gefordert. «Solche Massnahmen senden ein ordnungspolitisch problematisches Signal und können eine erhebliche Benachteiligung für die Ostschweizer Industrie schaffen», sagt Fabio Giger, stellvertretender Leiter Research der IHK St.Gallen-Appenzell.

Binnenwirtschaft stützt – Bauaufträge mit Rekordreichweite

Die Binnenwirtschaft bleibt eine wichtige Stütze für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Im Baugewerbe wird die Geschäftslage positiv eingeschätzt. Die vermeldete Auftragsreichweite im Bauhauptgewerbe ist auf ein neues Rekordhoch von über neun Monaten gestiegen, getragen vom Wohnbau. Zäher entwickelt sich hingegen das Geschäft mit industrienahen Bauprojekten. Höhere Bauinvestitionen im Wohnsegment, gut gefüllte Auftragsbücher und tiefe Zinsen stützen die Erwartungen einer zunehmenden Bautätigkeit. Der Mangel an Arbeitskräften wird dabei wieder häufiger als Hemmnis genannt.

Weitere leichte Abkühlung am Arbeitsmarkt

Trotz leicht gestiegener Arbeitslosenquote präsentiert sich der Ostschweizer Arbeitsmarkt robust. Im Januar lag die Arbeitslosenquote bei 2.4 Prozent und damit knapp über dem langjährigen Schnitt. Die Unternehmen im Bau, Detailhandel und in der Industrie gehen von einer gleichbleibenden Beschäftigtenzahl für die nächsten drei Monaten aus.

MEHR INFOS



WIRTSCHAFT

Folgenschwerer Liberation Day für Thurgauer Unternehmen

Die US-Zölle stellen die Schweiz seit geraumer Zeit vor Herausforderungen. Auch die Ostschweizer Exportindustrie blieb nicht verschont. Die weitere Entwicklung abzuschätzen, ist aktuell schwierig. Wie gehen Thurgauer Unternehmen mit der neuen Unsicherheit um? Und wie steht es um die Verhandlungen zwischen Bern und Washington? Eine Übersicht.

von Luca Kaufmann

«Instead of taxing our citizens to enrich other countries, we will tariff and tax foreign countries to enrich our citizens.» Bereits die Antrittsrede von Donald Trump am 20. Januar 2025 liess wenig Gutes erahnen. Kurz darauf liess der US-Präsident seinen Worten Taten folgen. Am 2. April, dem selbsternannten «Liberation Day», wurde die liberale Welthandelsordnung in ihren Grundfesten erschüttert. Fast alle Länder weltweit wurden mit Zöllen belegt. Was folgte, waren Monate geprägt von Verhandlungen, Investitionsversprechen und Ungewissheit.

Vergebene Liebesmüh

Am besagten 2. April verkündete Donald Trump im Rosengarten des Weissen Hauses die Hiobsbotschaft. Auf Schweizer Waren sollten künftig Importzölle in der Höhe von 31 Prozent erhoben werden. Kurz darauf folgte die Entwarnung. Die länderspezifischen Zölle werden für 90 Tage ausgesetzt – lediglich der Basiszoll von 10 Prozent blieb bestehen. Am 24. April reisten die Bundesräte Karin Keller-Sutter und Guy Parmelin in die USA. In Gesprächen mit US-Regierungsvertretern wurde der Schweiz zugesichert, dass sie zu den Ländern gehöre, mit denen prioritär eine Einigung erzielt werden solle. Trotz weiteren Verhandlungen gelang kein Durchbruch. Am 31. Juli folgte mit dem Anruf von Bun-



desrätin Keller-Sutter ein letzter Versuch, den US-Präsidenten umzustimmen – erfolglos. Ausgerechnet am 1. August, wurden die Strafzölle bestätigt und gar auf 39 Prozent erhöht.

Einigung über Umwege

Nachdem auf dem politischen Weg über Monate hinweg keine Einigung erzielt werden konnte, griff die Schweiz zu unkonventionellen Mitteln. Am 5. November 2025 traf sich eine Delegation verschiedener Wirtschaftsvertreter mit Trump. Die Unternehmer scheinen die richtigen Worte beziehungsweise Geschenke, gefunden zu haben: Rund eine Woche nach dem Treffen und einer erneuten US-Reise von Bundesrat Parmelin war die Absichtserklärung Tatsache. Dadurch konnte der Zollsatz für US-Importe aus der Schweiz von 39 Prozent auf 15 Prozent reduziert werden. Im Gegenzug erklärte sich die Schweiz bereit, Importzölle auf bestimmte Fisch- und Agrarprodukte gegenüber den USA zu reduzieren. In Sicherheit wiegen kann sich die Schweiz trotzdem nicht. Die Absichtserklärung ist rechtlich unverbindlich. Umso wichtiger ist daher die laufende Aushandlung eines bindenden Handelsabkommens mit den USA. Doch ob und wann es zu einer Einigung kommt, ist noch unklar. Am 20. Februar 2026 kam es zur vorerst letzten Wendung. Das höchste Gericht der USA, der Supreme Court, hat die Sonderzölle als nicht rechtmässig eingestuft. Ein Ende der Unsicherheit ist indes trotzdem nicht in Sicht: Bereits am Folgetag kündete der US-Präsident die Einführung neuer Zölle basierend auf einer anderen Rechtsgrundlage an.

Verschiedene Thurgauer Unternehmen betroffen

Die Folgen der US-Zollpolitik sind auch in der Ostschweiz spürbar. Gemäss Daten des Konjunkturboards ist der Warenexport der Region Ostschweiz im zweiten und dritten Quartal 2025 gegenüber dem Vorjahr um 11,5 Prozent gesunken. Für den Thurgau bilden die USA nach der EU den wichtigsten Exportmarkt – 2024 belief sich das Exportvolumen auf 260 Millionen Franken. Eines der betroffenen Unternehmen ist die Geobruagg AG. Das Unternehmen aus Romanshorn ist auf die Herstellung von Stahldrahtnetzen spezialisiert, welche in den USA unter anderem in der Formel 1 Verwendung finden. «Wir sind sehr stark von den Zöllen aus Übersee betroffen», teilt CEO Andrea Roth auf Anfrage mit. «Alle Stahlpro-

dukt-Importe werden von den USA unabhängig von länderspezifischen Zöllen mit einem Sonderzoll von 50% belegt.» Glücklicherweise betreibt Geobruagg einen Produktionsstandort in New Mexico. «Seit Inkrafttreten der Zölle setzten wir alles daran, möglichst alle Standardprodukte für den US-Markt direkt vor Ort zu fertigen.» Die kanadischen Kunden hingegen werden nicht mehr durch New Mexico, sondern durch Romanshorn abgedeckt. Dies, so erklärt Geschäftsführer Roth, um die kanadischen Gegenzölle zu vermeiden. «Als weitere Massnahme haben wir zudem sofort sicher gestellt, dass die Zölle von den Endkunden in den USA bezahlt werden.»



Andrea Roth

Weitergabe der Zollkosten nur bedingt möglich

Auch die Produkte der Baumer Group finden in den USA Verwendung. Das auf Sensorik für Maschinen und Produktionsanlagen spezialisierte Unternehmen aus Frauenfeld beliefert in den Vereinigten Staaten sowohl Grosskonzerne als auch mittelständische Unternehmen in unterschiedlichen Branchen. Anders als Geobruagg hat Baumer keine Produktion vor Ort. «Eine Weitergabe der Zölle durch Preiserhöhungen ist aufgrund des starken Schweizer Frankens nur teilweise möglich», erklärt CEO Oliver Vietze. «Deshalb sind wir stark von den Zöllen betroffen.» Nach Inkrafttreten der Zölle hat das Familienunternehmen die Verlagerung von signifikanten Umsätzen in seine europäischen Werke vorbereitet – aber noch nicht gestartet. «Sollte sich die Zollsituation für die Schweiz wieder verschärfen, werden wir handeln müssen.»



Oliver Vietze

Verzögerte Auslieferungen

Die Chocolat Bernrain AG mit Sitz in Kreuzlingen beliefert ebenfalls seit Jahren Geschäftskunden in Nordamerika. «Unser Exportanteil in die USA ist zweistellig», erläutert CEO Monica Müller auf Anfrage. «Wir haben keinen Produktionsstandort in Amerika und sind daher erheblich von den Zöllen betroffen.» Nach Erhöhung der Zölle im August auf 39 Prozent konnte das Thurgauer Familienunternehmen drei Container mit fertig produzierter Ware nicht verschiffen. «Mit den nun tieferen Zöllen konnten wir glücklicherweise alles ausliefern.» Wie sich die Situation weiterentwickeln wird, ist nur schwer vorherzusagen. Es bleibt zu hoffen, dass die laufenden Verhandlungen zwischen Bern und Washington bald Früchte tragen.



Monica Müller

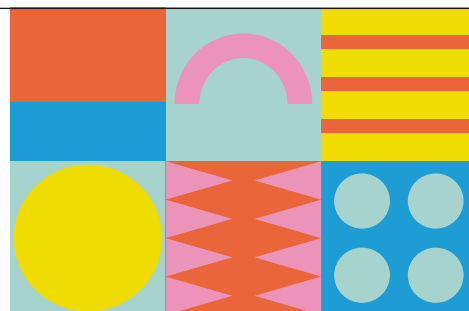


«UNSERE MITGLIEDER
SIND ZERTIFIZIERTE
KMU-EXPERTEN.»

TREUHAND | SUISSE

Schweizerischer Treuhänderverband

Web, Druck & Kommunikation – mit Herz für deine Marke



Bist du auf der Suche nach einem vielseitigen Mediendienstleister für nachhaltige Kommunikation und intelligente Lösungen? Kreatives Knowhow, Produktivität und soziale Verantwortung sind bei uns unter einem Dach vereint – für einzigartige Produkte, die verbinden und bewegen.

Als inklusiver Ausbildungsbetrieb bieten wir Jugendlichen über 50 Ausbildungsplätze in neun Berufen und ermöglichen ihnen so den Start ins Berufsleben. Auch Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt nicht tätig sein können, finden bei uns eine sinnvolle Beschäftigung im geschützten Rahmen.

**BRÜGGLI
ADMEDIA**

BRÜGGLI ADMEDIA AG
Hofstrasse 3, 8590 Romanshorn, T +41 71 531 60 00
team@brueggli-admedia.ch, brueggli-admedia.ch



WIR GESTALTEN IHRE RÄUME:

- Besprechung
- Empfang
- Arbeitsplätze

Zurbuchen AG Amlikon

Fabrikstrasse 2 | 8514 Amlikon-Bissegg
www.zurbuchen.com

WIRTSCHAFT

Preis der Thurgauer Wirtschaft 2026 geht an Glatz AG

Die Herstellerin von hochwertigen Sonnenschirmen wird mit dem Thurgauer Wirtschaftspreis 2026 ausgezeichnet. Das Familienunternehmen überzeugte die Jury mit seiner über 130-jährigen Innovationskraft, der regionalen Verankerung und seiner Rolle als anerkannte Anbieterin von Schattenlösungen.

von Jérôme Müggler

Die Geschichte der Glatz AG begann 1895 mit der Gründung durch Albert Glatz. Heute führt Markus Glatz das Unternehmen bereits in vierter Generation. Während viele Mitbewerber verschwanden oder vom internationalen Billigmarkt verdrängt wurden, hat Glatz seine Position als Premiumhersteller behauptet. Mit eigenen, patentierten Schirmgestellen, hoher Fertigungstiefe, einer internen Näherei und kompromisslosen Qualitätsstandards gilt Glatz als Trendsetter der Branche. Der Anspruch des Unternehmens ist, nicht Schirme, sondern Schattenlösungen anzubieten – ergonomisch, langlebig und sturmerprobt. Heute exportiert Glatz rund 70% seiner Produktion in über 50 Länder.

Neuer Firmensitz mit Signalwirkung für den Wirtschaftsstandort Thurgau

2024 hat Glatz an der Langfeldstrasse in Frauenfeld seinen neuen, 8'000 Quadratmeter grossen Firmensitz bezogen. Das markante Gebäude in der Firmenfarbe Rot vereint erstmals Forschung und Entwicklung, Produktion, Verwaltung und ein modernes Schulungszentrum unter einem Dach. «Hier haben wir Raum für die Zukunft geschaffen, ohne unsere Wurzeln aus den Augen zu verlieren», sagt

Markus Glatz, Verwaltungsratspräsident und Inhaber der Glatz AG. Mit dem Neubau stärkt das Unternehmen nicht nur seine Effizienz und interne Kommunikation, sondern setzt auch ein starkes Bekenntnis zum Thurgau als Wirtschafts- und Arbeitsstandort. Photovoltaikanlagen, energieeffiziente Heiz- und Kühlsysteme sowie verkürzte Transportwege durch die Zusammenführung aller Bereiche reduzieren den ökologischen Fussabdruck. Gleichzeitig bleibt die traditionelle Handarbeit ein fester Bestandteil der Produktion – etwa in der hauseigenen Näherei, in der Stoffbezüge individuell gefertigt werden.



Markus Glatz führt das traditionelle Frauenfelder Familienunternehmen bereits in vierter Generation.

Standorttreue und Impulsgeberin

Die Jury des Thurgauer Wirtschaftspreises würdigt bei der Glatz AG insbesondere die aussergewöhnliche Kombination aus generationenübergreifender Geschäftstätigkeit, internationaler Wettbewerbsfähigkeit und regionaler Loyalität. «Seit über 130 Jahren ist das Unternehmen fest im Thurgau verwurzelt – und trägt zugleich die Qualität und den Innovationsgeist des Werkplatzes Thurgau in die Welt hinaus», so Thomas Koller, Jury-Präsident des Thurgauer Wirtschaftspreises. Mit seinen massgeschneiderten Beschattungslösungen prägt Glatz die Branche und setzt neue Impulse für die Architektur, das Design und die Funktionalität. Ein weiterer Meilenstein in der jüngeren Unternehmensgeschichte ist die Übergabe der operativen Leitung an Urs Lehner, der seit Januar 2025 als CEO im Unternehmen tätig ist.

thalmann
treuhand
+wirtschafts
prüfung

Mittendrin statt nur dabei.
Ihre Fachexperten in Weinfelden.
 Gewerbe – Firmen – Non-Profit – Öffentliche Verwaltung

www.thalmann.ch

Bildungszentrum für Technik Frauenfeld
 Berufliche Weiterbildung

Thurgau

Übernimmst du den Lead? NDS HF Unternehmensführung

Deine Karriere im Fokus.
 Ein Studium am BZT.

Infoabende 2026
 29. April, 16. Juni
 19–20 Uhr

weiterbildung.bztf.ch

gedruckt in der schweiz



EVENT

Vorschau auf BOOM! 2026

BOOM! – der Thurgauer Wirtschaftstag 2026 ist der Treffpunkt für alle, die Zukunft nicht abwarten, sondern gestalten. In einer Zeit voller Unsicherheiten, Umbrüche und neuer Spielregeln zeigen inspirierende Referentinnen und Referenten, wie aus Krisen echte Chancen entstehen können. Sie erzählen, wie schwierige Phasen zum Sprungbrett für mutige Neustarts wurden – und warum Stillstand keine Option ist. Dazu gehören unter anderem Peter Fankhauser (CEO der Manres AG), Patrizia Laeri (Wirtschaftsjournalistin / Unternehmerin) sowie Ronald Indergand (neuer Leiter der Direktion für Wirtschaftspolitik beim SECO).

Neue Wege in unsicheren Zeiten

Im Fokus stehen dieses Jahr Menschen und Unternehmen, die neue Wege gegangen sind: mit moderner Führungskultur, klaren Werten und dem Mut, Verantwortung neu zu denken. BOOM! beleuchtet auch, wie Schweizer Wirtschaftspolitik in Zeiten globaler Unsicherheit Orientierung geben kann – und was das konkret für Unternehmen bedeutet.

Führungskultur spielt wichtige Rolle

Ein zentrales Thema ist Motivation: Wie bleiben Menschen leistungsfähig, wenn die Rahmenbedingungen herausfordernd sind? Wie gelingt es, Teams auch in widrigen Umständen zu inspirieren und mitzunehmen? Ebenso offen sprechen die Referierenden über Karrierebrüche, Umwege und Neuanfänge – und zeigen, wie gerade diese Brüche den Weg in eine spannende, erfüllende Zukunft ebnen können. BOOM! 2026 steht für Aufbruch, Perspektivenwechsel und echten Austausch. Ein Wirtschaftstag, der Mut macht, zum Nachdenken anregt und Lust auf Zukunft weckt.

INFOS UND
ANMELDUNG



BOOM!

Der Thurgauer Wirtschaftstag

28/05/2026
VORWÄRTS MIT
GEGENWIND.

Jetzt
anmelden!

Mehr Infos:
www.boom-tg.ch

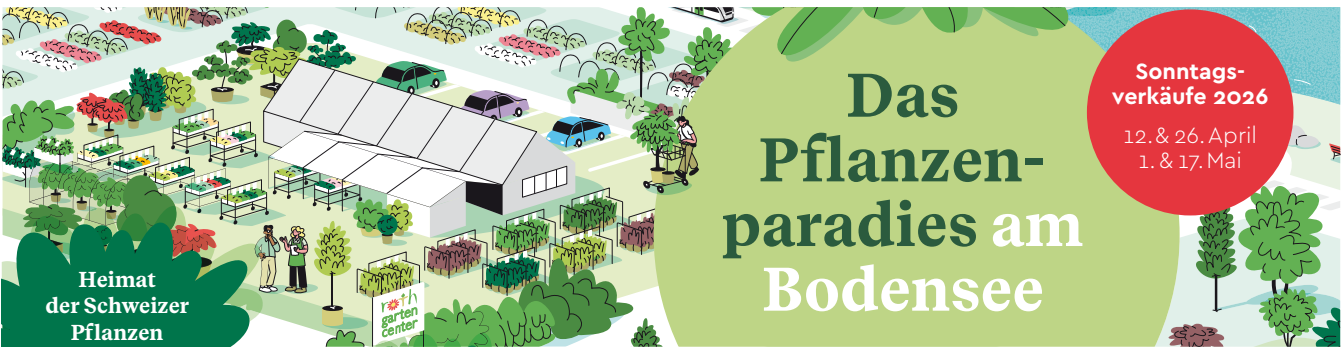
GEWERBE
THURGAU

IHK
Industrie- und
Handelskammer
Thurgau

Verband Thurgauer
Landwirtschaft

Hauptsponsor

UBS




Heimat der Schweizer Pflanzen

Das Pflanzenparadies am Bodensee

Sonntagsverkäufe 2026
12. & 26. April
1. & 17. Mai

Bei uns finden Sie Pflanzen aus eigener Produktion.
rothpflanzen.ch | Kesswil



Steueroptimierung beginnt damit, sie auszulagern.

Wir bieten Steuerberatung, -analyse und -planung und helfen Unternehmen dabei, die Steuerlast deutlich zu reduzieren. obt.ch/weinfeld



Wir bieten moderne, gut zugängliche Lagerflächen zur gewerblichen Nutzung – ideal für Handel, Handwerk und Dienstleistung.

- ✓ Flexible Flächengrößen
- ✓ Gute Erreichbarkeit
- ✓ Sicher & trocken
- ✓ Kurz- oder langfristig verfügbar

 Standort **Weinfeld**

**BEHEIZT & UNBEHEIZT
BLOCKLAGER & HOCHREGALLAGER**



Jetzt anfragen und die passende Lagerfläche für Ihr Gewerbe sichern!

IHK

Neue IHK-Büros mit mietbaren Sitzungs- und Eventräumen

Die neuen Büros der IHK Thurgau setzen ein starkes Zeichen für Modernität, Offenheit und zukunftsorientierte Zusammenarbeit. Die hellen, einladenden Räumlichkeiten schaffen eine professionelle und zugleich angenehme Atmosphäre – ideal für produktives Arbeiten, inspirierende Workshops oder repräsentative Veranstaltungen.

von Jérôme Müggler



Die neuen Büros der IHK Thurgau setzen ein starkes Zeichen für Modernität, Offenheit und zukunftsorientierte Zusammenarbeit. Die hellen, einladenden Räumlichkeiten schaffen eine professionelle und zugleich angenehme Atmosphäre – ideal für produktives Arbeiten, inspirierende Workshops oder repräsentative Veranstaltungen.

Ein besonderes Highlight sind die neuen Sitzungs- und Eventräume, die mit modernster Präsentationstechnik ausgestattet sind. Neben hochwertiger Medientechnik steht auch zeitgemässe Videotelefonie zur Verfügung, sodass hybride Meetings und digitale Zuschaltungen problemlos möglich sind.

Die Räume können flexibel genutzt und auch extern gemietet werden: Ob konzentrierte Sitzungen in Kleingruppen, Seminare mit Bestuhlung für bis zu 28 Personen oder grössere Veranstaltungen mit Konzertbestuhlung für bis zu 40+ Teilnehmende – für unterschiedliche Bedürfnisse steht die passende Lösung bereit.

Ergänzt wird das Angebot durch ein attraktives Pausenfoyer, das Raum für Austausch und Networking bietet und wo mit Kaffee sowie Snacks für das leibliche Wohl gesorgt ist.

Damit bieten die neuen Räumlichkeiten der IHK Thurgau nicht nur intern optimale Arbeitsbedingungen, sondern stehen auch Unternehmen und Organisationen als moderner, bestens ausgestatteter Veranstaltungsort zur Verfügung.



**KONTAKT FÜR
ANFRAGEN/BUCHUNGEN:**

veranstaltungen@ihk-thurgau.ch
071 626 30 98

IHK THURGAU

Agenda 2026

- IHK Highlights
- Schulungen
- Partneranlässe

MÄRZ

27
MÄRZ
Dialog mit dem Chef der Armee
Waffenplatz, Frauenfeld

APRIL

01
APRIL
Leadership-Seminar
IHK Thurgau, Weinfelden

15
APRIL
Thurgauer Wirtschaftspreis
Glatz AG, Frauenfeld

21
APRIL
Generalversammlung IHK Thurgau
Kartause Ittingen, Warth-Weiningen

30
APRIL
Thurgauer Technologietag 2026
De Martin AG, Wängi

MAI

28
MAI
BOOM! Der Thurgauer Wirtschaftstag
Kongresszentrum Thurgauerhof, Weinfelden

JUNI

25
JUNI
Weiterbildung für Ermächtigte Ausführende
IHK Thurgau, Weinfelden

AUGUST

25
AUG
Exportseminar: MWST beim grenzüberschreitenden Warenverkehr mit der EU
IHK Thurgau, Weinfelden

26
AUG
EcoOst Arena mit IHK St.Gallen-Apenzell
autobau, Romanshorn

SEPTEMBER

17
SEPT
Exportseminar: Das neue Passar-Verzollungssystem
IHK Thurgau, Weinfelden

ERGÄNZENDE INFORMATIONEN

Die IHK Thurgau organisiert in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern spannende Anlässe, an welchen nicht nur relevante Themen im Fokus stehen, sondern auch der persönliche Austausch. Tragen Sie sich die Termine schon heute in Ihrer Agenda ein oder abonnieren Sie unsere Highlights mit dem QR-Code.



DER NEUE BMW iX3

BIS ZU 805 KM REICHWEITE.



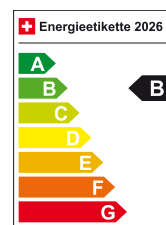
Freude am Fahren



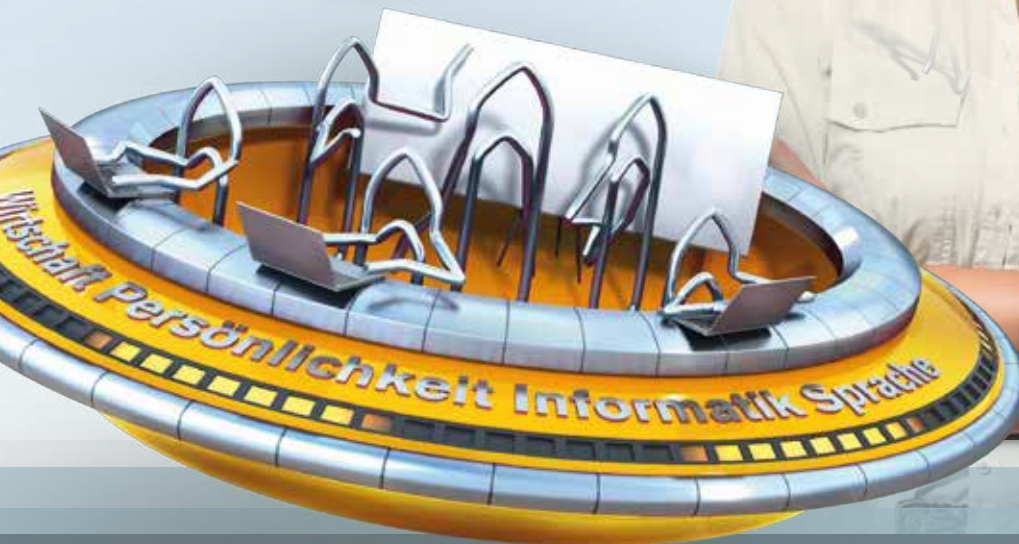
1. Platz Fachjury
**Schweizer Auto
des Jahres 2026**

Bickel Auto AG
Frauenfeld | Weinfelden

BMW iX3 50 xDrive, 16,3 kWh/100 km, 0 g CO₂/km, Kat. B. Reichweite nach WLTP.



**Neue
KI-Kurse für
Copilot und
Custom GPTs**



Stärken Sie Ihr Team mit individuellen Firmenkursen – weiterkommen.ch

Individuelle Firmenkurse stärken gezielt das Know-how Ihrer Mitarbeitenden. Sie fördern die Effizienz im Betrieb, erhöhen die Prozessqualität und bringen neues Wissen direkt in den Arbeitsalltag. Das Bildungszentrum für Wirtschaft Weinfelden entwickelt massgeschneiderte Weiterbildungen. Lassen Sie sich beraten und entdecken Sie viele Vorteile für das Weiterkommen in Ihrem Betrieb! 058 345 75 75 oder weiterkommen.ch.